

Aktuelle Chronik

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Juli bis 30. September 1973

UWE G. FABRITZEK

Erklärtes Ziel der Aktuellen Chronik ist eine umfassende Information über die relevanten Ereignisse in Asien im Berichtszeitraum. Die zugrunde gelegten Quellen werden aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich, wobei Verweise auf Zeitungsartikel in der Regel als Hinweise auf ausführlichere Darstellungen und Hintergrundinformationen zu verstehen sind.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist wegen des begrenzten Umfangs nicht vorgesehen, doch bestimmt hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Regionen Süd-, Südost- und Ostasien unterteilt. Innerhalb der einzelnen Regionen wird die Entwicklung der Staaten detailliert dargestellt, wobei zumeist eine Unterteilung in Inneres, Wirtschaft und Äußeres vorgenommen wurde.

Der Berichtszeitraum umfaßt jeweils das volle Quartal, das vor dem Erscheinungsmonat des Internationalen Asienforums liegt. Wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die angegebenen Daten der Quellen sämtlich auf das Jahr 1973.

Abkürzungen

- | | |
|---------|---|
| ADN | — Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR |
| AFP | — Agence France Press, Frankreich |
| AIR | — All India Radio, Indien (nach MD) |
| ATA | — Albanian Telegraph Agency |
| BTA | — Bulgarian Telegraph Agency |
| CTK | — Československá Tisková Kancelár
(Agentur der CSSR) |
| DPA | — Deutsche Presseagentur, BRD |
| FCN | — Free China News, Taipeh |
| FAZ | — Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FE | — Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London |
| FEER | — Far Eastern Economic Review, Hongkong |
| HNA | — Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London |
| ISI | — Indian Standards Institutions, Rundfunk Indien |
| Isv | — Isvestija, Moskau |
| JAT | — The Japan Times, Tokio |
| JMJP | — Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking |
| KCNA | — Korean Central News Agency, Nordkorea |
| KMJP | — Kuang-ming Jih-pao, VR China |
| Kr. Sv. | — Krasnaja Svesda, Moskau |
| MD | — Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln |
| MENA | — Middle East News Agency, Ägypten |
| MTI | — Magyar Tavirati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns |
| NCNA | — New China News Agency, Nachrichtenagentur der VR China |
| ND | — Neues Deutschland, DDR |
| NZ | — Neue Zeit, Moskau |
| NZZ | — Neue Zürcher Zeitung |
| PAP | — Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens |

Pr	– Prawda, Moskau
PR	– Peking Rundschau, Peking
R.	– allgemein für Radio
RD	– Rabotnicesko Delo, Bulgarien
RP	– Radio Peking
SCMP	– South China Morning Post, Hongkong
SZ	– Süddeutsche Zeitung, München
TASS	– Telegrafnoje Agenstwo-Sowetskowo Ssojusa, UdSSR
TST	– The Straits Times, Manila
USIS	– United States Information Service Washington
VNA	– Vietnam News Agency, Nachrichtenagentur Nordvietnams
W	– Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, Weekly Report

I. Südasien

1. Afghanistan

Inneres Mit dem überraschenden Staatsstreich vom 17. 7. wurde die Regierung Mousa Shafik (seit Dezember 1972 im Amt) gestürzt und Afghanistan zur Republik erklärt. Die Revolte wurde von Sardar Mohammed Daud Khan angeführt, der nach eigenen Angaben die Streitkräfte hinter sich hatte; er ist ein Schwager des abgesetzten Königs Zahir Shah und war bereits von 1953–1963 Regierungschef gewesen. Entgegen offiziellen Angaben verlief der Putsch nicht unblutig, wurde u. a. die Tochter des Königs sowie eine Reihe von Offizieren getötet, außerdem scheint es zu Stammesunruhen im Innern des Landes gekommen zu sein (vgl. FAZ 18. 7., NZZ 19., 26. 7., die Proklamation zur Republik vgl. FE 4350). Die Situation im Lande beruhigte sich nach dem Putsch, der offenbar von einer kleinen Gruppe junger Offiziere durchgeführt wurde, relativ rasch, zumal der „Rat der Göttlichen“ sich mit der neuen Regierung solidarisch erklärte (R. Afghanistan 19. 7.). In einer ersten Pressekonferenz versprach Daud die Einführung einer „echten Demokratie“ sowie eine demokratische Verfassung; zugleich dementierte er, daß hinter dem Staatsstreich eine ausländische Macht gestanden habe (R. Delhi 25. 7., FE 4356, FAZ 26. 7.). Am 28. 7. wurde per Dekret die Verfassung von 1964 mit Wirkung vom 17. 7. außer Kraft gesetzt, außerdem übernahm Daud in vollem Umfang die Vollmachten des abgesetzten Königs (R. Kabul 28. 7., FE 4361, FAZ 30. 7.). Am 1. 8. wurde das neue Kabinett vorgestellt, dem 13 Minister angehören. Daud selbst amtiert außer als Staatsoberhaupt auch als Ministerpräsident, Außen- und Verteidigungsminister. Sein Stellvertreter wurde Mohammed Hassan Sharaq. Die anderen Posten sind wie folgt besetzt:

Justiz: Abdul Madjid – Finanzen: Abdul Ellah – Inneres: Faiz Mohammed – Erziehung: Namatullah Pajuak – Grenz- und Stammesangelegenheiten (neu): Padscha Gul – Industrie und Bergbau: Abdul Kayum – Öffentliche Arbeiten: Ghu Suddine – Post und Telekommunikation: Eng Abdul Hamid – Gesundheit: Nezar Mohammed Sekander – Presse und Information: Abdul Rahim Navine – Landwirtschaft und Bewässerung: Ghulam Djelani Bakhtary – Das Handels- und Planungsministerium werden später besetzt. (NZZ 4. 8., R. Kabul, 28. FE 4363).

In der Rede zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes würdigte Daud die Leistungen des Volkes und begründete den Entschluß zum Putsch auch damit, daß unter der alten Regierung eine totale Desintegration in Wirtschaft und Sozialstruktur bestanden habe, da 90% des Landesproduktion aus dem Agrarsektor gekommen seien. Daud kündigte politische Reformen, eine Neustruktur der Verwaltung, eine Ausweitung von Industrie und Handel sowie im Hinblick auf die Außenpolitik eine unabhängige Linie gegenüber den Nachbarländern an (R. Kabul 23. 8. FE 4383). König Mohammed Zahir Shah gab am 24. 8. offiziell seine Abdankung bekannt und erklärte, daß er sich dem Wunsch des Volkes beuge und sich als afghanischer Bürger unter die Flagge des Landes stelle (Text R. Kabul 29. 8. FE 4387, NZZ 26. 8.). In der zweiten Septemberhälfte wurde eine Anzahl von Offizieren und Politikern unter der Anklage verhaftet, einen Gegenputsch vorbereitet zu haben, ohne daß Einzelheiten bekannt wurden (R. Kabul 22., 25. 9. FE 4409, NZZ 24. 9.).

Außeres Die UdSSR und Indien waren die ersten Staaten, die die neue Regierung am 19. 7. anerkannten, wenige Tage darauf folgten der Iran, Pakistan und Bangla Desh (NZZ 21. 7., SZ 23. 7.).

2. Bangla Desh

Inneres Die innere wie wirtschaftliche Situation steht unter dem Zeichen zunehmender Enttäuschung über die gegenwärtigen Verhältnisse. Wirtschaftlich ist der Stand vor Ausbruch des Bürgerkrieges, damals als völlig unbefriedigend bezeichnet, nicht wieder erreicht, im politischen Bereich ist die regierende Awami-Liga Gegenstand wachsender Kritik wegen Unfähigkeit und Korruption, das Prestige von Sheikh Mujib scheint im Sinken. Trotz des Wahlsieges vom 7. 3. fehlt eine zielbewußte Führungsschicht, innerhalb von Partei, Verwaltung und Armee haben sich zahlreiche Fraktionen gebildet (NZZ 15. 7.). Am 14. 7. wurden vom Parlament Verfassungsänderungen verabschiedet, die die Durchführung von Prozessen gegen 195 pakistanische Kriegsgefangene betreffen (NZZ 16. 7.) (vgl. Außenpolitik). Bei der Eröffnung der Konferenz der Studentenorganisation der Awami-Liga verteidigte Rahman Indien gegen die Anschuldigung der Opposition, es mische sich in die internen Angelegenheiten des Landes ein (R. Dacca 19. 8. FE 4379). Deutliches Anzeichen für das Anwachsen der Unzufriedenheit war ein Streikaufruf in Dacca am 29. 8. durch die prochinesische National Awami-Partei (NAP), an dem sich die Regierungsbehörden, trotz eines Verbots, beteiligten. Die drei Forderungen der NAP waren: 1. Verbesserung der Ernährungslage, 2. Senkung der Preise, 3. Beendigung der politischen Unterdrückung (Dawn 31. 8.). Am 3. 9. schlossen sich die NAP, die Awami-Liga und die KP zusammen, um mit Premier Rahman für den Aufbau des Landes zu wirken (R. Dacca 3. 9. FE 4390). Die Kriminalität im Lande nimmt weiter zu; vom 1. 1. 72 bis 30. 4. 73 wurden 2035 Morde begangen (R. Dacca 6. 7. FE 4341), in den Monaten Juli und August starben täglich 7 Menschen durch Gewalttaten (Ansa 3. 9.). Energische Schritte wurden gegen den Schmuggel unternommen, vom 16. 12. 72 bis 31. 8. 73 wurden 147 000 Waffen beschlagnahmt, 70 Polizisten und 77 Schmuggler wurden getötet, 459 Personen verhaftet, Waren im Werte von ca. 20 Mio. Taka beschlagnahmt (R. Dacca 24. 9. FE 4408). Am 18. 9. wurde die Universität Chittagong „im Hinblick auf die vorherrschende Situation und die Grundsätze der Universität“ geschlossen (R. Dacca 17. 9. FE 4402). Die Lufwaffe soll nach ihrem Chef A. K. Khandakhar zu einem „modernen und lebensfähigen“ Instrument ausgebaut werden (R. Dacca 26. 9.). Am 25. 9. beschloß die Regierung die Schaffung von Milizeinheiten, um gegen „asoziale Elemente“, die nach wie vor für alle möglichen Mißstände verantwortlich gemacht werden, vorzugehen (NZZ 28. 9.).

Wirtschaft Nur mit der entscheidenden Hilfe der UNO (bisher ca 1,3 Mrd. \$) konnte das Verkehrswesen ausgebaut und die drohende Hungersnot vermieden werden. 1970 betrug das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ca. 77 \$, 1972 dagegen nur 64 \$; das entspricht dem Stand in den ärmsten Staaten Afrikas. Erst 1976 besteht Aussicht, das Niveau von 1970 wieder zu erreichen. Bei dem enormen Bevölkerungszuwachs von 3,1% (Indien 2,2) scheint das Ziel der Nahrungsselbstversorgung außerhalb der Reichweite. Die Verstaatlichung der Industrie war bisher ein Mißerfolg, gegenwärtig werden weniger als 30% der Vorkriegsleistung produziert. Die schwierige Versorgungsfrage wird durch einen enormen Preisanstieg, der nur teilweise durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden kann, ausgewiesen. Der Lebenskostenindex stieg von 174 (1970) auf 183 (1971), 209 (1972) und schließlich im März 1973 auf 334 und steigt weiter. Die Landwirtschaft hat sich relativ gut von den Schäden des Krieges erholt, die Vorkriegsproduktion ist in vielen Bereichen erreicht. Angesichts dieser Zustände werden mehrfach negative Vergleiche mit der Zeit „vor der Militärintervention“ gezogen (NZZ 15. 7.). Für das am 1. 7. beginnende Finanzjahr sollen über 97 Mio. Taka in die Industrie investiert werden, davon 590 Mio. zur Fertigstellung bereits begonnener Projekte. 7600 neue Arbeitsplätze sollen in der Industrie, 13 000 im ländlichen Bereich geschaffen werden (R. Dacca 28. 6. W 731). Für die Energiewirtschaft wurden bisher 2,31 Mrd. Taka ausgegeben; im Finanzjahr 1973/74 sollen 1000 Meilen von 33 Kw-Leitungen installiert werden, bisher seien 150 Dörfer an das Stromnetz angeschlossen worden (R. Dacca 9. 7. W 734). Für den Wohnungsbau sind 119 Mio. Taka bereitgestellt (R. Dacca 12. 7.), für Investitionen der verstaatlichten Industrie sind 748 Mio. Taka vorgesehen (R. Dacca 16. 7. W 734). Am 20. 8. wurde der Plan für industrielle Entwicklung im Fünf-Jahres-Plan bekanntgegeben. Auf dem privaten Sektor sollen 12,006 Mio. Taka bereitgestellt werden, auf dem verstaatlichten 7,550 Mio. Ausländische Beteiligung wird gewünscht, doch sind Kartelle verboten. Die Regierung anerkennt die Notwendigkeit, den privaten Sektor in gewissen Grenzen zu unterstützen, um die industrielle Entwicklung zu bewältigen. Unternehmer in wenig entwickelten Gebieten sollen in den Genuß

von Vergünstigungen kommen. Außerdem sollen privatwirtschaftliche Industriebetriebe, die während des ersten Fünf-Jahres-Planes errichtet werden, fünf Jahre von der Steuer vom Tag des Produktionsbeginns an befreit werden. Die Industriebetriebe, die ihre ganze Produktion exportieren, erhalten Steuererleichterungen (R. Dacca 25. 8. W 740). Die Erdgasvorräte im Lande betragen über 90 Mrd. cbm, was beim gegenwärtigen Verbrauch für 160 Jahre reichen würde. Das Gas wird sowohl für private wie industrielle Zwecke verwendet (R. Dacca 25. 8. W 740). Um den Jutehandel zu stabilisieren, wurden Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Erzeuger angekündigt, die u. a. Mindestpreise vorsehen sowie eine Liberalisierung der Kredite und eine Senkung der Zinsen von 8,5 auf 1%. Ca. 500 Kaufzentren sollen eingerichtet werden. Im laufenden Jahr sollen 3,20 Ballen Rohjute exportiert werden (R. Dacca 25. 8. W 742). Große Überschwemmungen haben Mitte September ca. 70% der Reisfelder und etwa 30 000 Häuser zerstört bzw. beschädigt (NZZ 22. 9.).

Äußeres/Allgemein Die Hilfe der U N O für Bangla Desh, die am 31. 3. offiziell zu Ende ging und in der Zeit vom Dezember 1971 bis Januar 1973 1319 Mio. US-\$ betrug, zeitigte eine Reihe von Lehren, deren wichtigste wohl darin besteht, daß statt Wohltätigkeit „Hilfe zur Selbsthilfe“ notwendig ist, wobei die zahlreichen Pannen und die relativ erfolgreichen Tätigkeiten privater humanitärer Organisationen dazu beitragen dürften, künftigen Ereignissen wirkungsvoller begegnen zu können (vgl. NZZ 12. 9., 14. 9.). Am 26. 8. wurde eine von der UN-Hochkommission zur Flüchtlingsfrage eingerichtete Luftbrücke zwischen Khatmandu, Karachi und Dacca zur Repatriierung von über 300 000 Personen in Betrieb genommen. Dabei sollen ca. 160 000 Menschen aus Pakistan nach Bangla Desh, 93 000 aus Indien nach Pakistan, 15 000 in Bangla Desh und 20 000 in Nepal befindliche Menschen nach Pakistan transportiert werden (FAZ 27. 8., NZZ 29. 9.). Der Beitritt des Landes in die UNO selbst ist nach wie vor fraglich, vor allem wegen der Weigerung Chinas dem zuzustimmen (NZZ 16. 9.). China fordert dafür den Austausch der Kriegsgefangenen sowie den Verzicht Bangla Deshs auf Kriegsverbrecherprozesse und versteht sich damit als Vertreter der Interessen Pakistans. Anfang September wurde Bangla Desh 146. Mitglied der ITU (R. Dacca 8. 9. W 742). Die IDA gab einen Kredit von 4,1 Mio. \$ zum Ausbau des Binnenwassertransportsystems (Dawn 5. 8.).

Asien: Am 28. 8. wurde nach elftägigen Verhandlungen ein Abkommen zwischen Indien und Pakistan unterzeichnet, das die erwähnte Repatriierung ermöglicht. Das Abkommen wurde von Bangla Desh als „günstige Voraussetzung für die Herstellung eines dauerhaften Friedens auf dem Subkontinent“ begrüßt (ADN 29. 8.) (NZZ 30. 8.). Mit Indien wurde am 5. 7. ein dreijähriges Handels- und Zahlungsabkommen, das einen Warenaustausch in Höhe von 300 Mio. Taka jährlich vorsieht, unterzeichnet (R. Dacca 5. 7. FE 4340). Eine gemeinsame Kommission berät ein Koordinierungsprogramm zur Frühwarnung vor Fluten sowie andere die Grenzflüsse betreffende Fragen (R. Delhi 18., 21. 7. W 734, 735). Am 1. 8. beschränkte die Regierung die Reisemöglichkeiten nach Indien, die der Stabilisierung des inoffiziellen Wechselkurses gegenüber der indischen Rupie dienen soll, da sogenannte „Einkaufsreisen“ enorm zugenommen haben (Times of India 3. 8.). In diesem Zusammenhang bezeichnete der Gouverneur der Zentralbank die „alarmierende Kapitalflucht nach Indien“ als „einzigen Faktor“, der für die wirtschaftliche Situation verantwortlich sei (Dawn 3. 9.). Außenminister Hussain begann am 8. 7. eine Südostasienreise, die ihn nach Indonesien, Malaysia, Singapur, Nordvietnam und Burma führte. In Indonesien traf er mit Außenminister Malik und Präsident Suharto zusammen und führte Verhandlungen mit der staatlichen Pertamina über den Import von Erdöl. Im gemeinsamen Kommuniqué wurden regelmäßige Konsultationen auf Ministerebene vereinbart sowie ein Kultur- und ein Handelsabkommen avisiert (Antara 12. 7.). Mit Nordvietnam ergaben sich „übereinstimmende Ansichten“ zur Lage in Asien (TASS 23. 7.). Mit Birma wurde am 3. 8. ein Handelsabkommen unterzeichnet, wozu Außenhandelsminister Kamaruzzaman nach Rangun reiste (R. Dacca 4. 8. FE 4366). Thailand erklärte sich bereit, 100 000 t Reis im Austausch für Zeitungspapier nach Bangla Desh zu liefern, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist geplant (R. Bangkok 21. 8. W 741). Am 21. 7. wurde mit Südkorea ein Abkommen über Handelsaustausch und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet (R. Dacca 21. 7. W 735). Mit Japan wurde am 29. 6. ein Abkommen unterzeichnet, wonach dieses 90 000 t Reis ab Juli liefert; Rückzahlung in Yen innerhalb von 30 Jahren bei 10 Jahren Aufschub (JAT 30. 6.). **Afrika:** Mit der Anerkennung durch zahlreiche Staaten Afrikas gelang Bangla Desh auf diesem Kontinent der diplomatische Durchbruch. Den Anfang machte Marokko (13. 7.), gefolgt von Algerien, Tunesien

und Mauretanien (16. 7.), Algerien (29. 7.), der Elfenbeinküste (23. 8.), Syrien und Ägypten (15. 9.) sowie Niger am 24. 9. **Amerika:** Am 9. 8. traf die erste Nahrungsmittelsendung unter dem PL 480-Abkommen (Wert insgesamt 11 Mio. \$) aus den USA ein (Dawn 9. 8.). Mit **Kanada** wurde am 30. 8. ein Abkommen über einen Kredit von 8 Mio. \$ zur Errichtung einer Satellitenstation in Dacca unterzeichnet; rückzahlbar in 40 Jahren, 10 Jahre Aufschub (R. Dacca 30. 8. W 740). Der Militärputsch in Chile wurde von Bangla Desh verurteilt (R. Dacca 17. 9. FE 4402). **Europa:** Mit der **Schweiz** wurde ein Handelsabkommen über einen Warenaustausch in Höhe von 40 Mio. Taka unterzeichnet (R. Dacca 17. 9. W 743). Die Bereitschaft **Großbritanniens**, bei der Repatriierung von Bengalis nach Bangla Desh behilflich zu sein, wurde von der Regierung als Geste des guten Willens und der Freundschaft gewürdigt (R. Dacca 3. 9. FE 4390). Energieminister K. M. Ahmed trat am 19. 8. eine Europareise an, die ihn u. a. in die CSSR, Jugoslawien, die Niederlande, Frankreich und Großbritannien führte und auf der er um Unterstützung für Bangla Desh nachsuchte (R. Dacca 19. 8. W 739). **Sozialistische Staaten:** Am 10. 7. wurde mit der **UdSSR** ein Abkommen über sowjetische Hilfe bei der Ausrüstung und Errichtung von Elektrizitätswerken vereinbart (R. Moskau 11. 7. W 733). Die leihweise Lieferung von 200 000 t von Moskau in den USA gekauften Weizen an Bangla Desh begann am 7. 8. und soll bis 1. 3. 1975 durch Bangla Desh zurückerstattet werden (TASS 7. 8., NZZ 6. 8.). Über die Räumung des Hafens Chittagongs durch die Sowjetunion liegen widersprüchliche Meldungen vor; angeblich sollen 13 der 15 gesunkenen Schiffe bereits gehoben sein, der Hafenbetrieb soll sich bereits normalisiert haben (R. Dacca 7. 7., 11. 9., TASS 24. 8.). Der Generalsekretär der KP, Abdus Salam, reiste am 12. 8. zu Gesprächen mit dem ZK der KPdSU nach Moskau (AFP 17. 8.). Ein Luftverkehrsabkommen zwischen beiden Staaten wurde am 23. 8. unterzeichnet; Bangla Desh hat danach Landrechte in Moskau und Taschkent, die UdSSR in Dacca (R. Dacca 23. 8. W 739). Daß die sowjetische Hilfe für Bangla Desh ohne jede politische Bedingungen erfolge, hob der Botschafter Moskaus, A. Fomin, in einer Rede am 7. 7. in Chittagong hervor (R. Dacca 8. 7. FE 4343). Mit **Jugoslawien** wurde am 21. 7. ein Abkommen über den Bau eines Trockendocks in Chittagong und eine Stahlfabrik, für die Jugoslawien technische Hilfe und die Ausrüstung liefern wird, unterzeichnet; außerdem gewährte Belgrad eine Anleihe in Höhe von 15 Mio. \$ (R. Dacca 21. 7. W 734). Vom 26.–30. 7. besuchte Premier Rahman Jugoslawien, wo er u. a. von Staatschef Tito empfangen wurde. Im gemeinsamen Kommuniqué wurde u. a. Übereinstimmung in internationalen Fragen und die Unterstützung Jugoslawiens für die Aufnahme von Bangla Desh in die UN festgehalten (Tanjug 31. 7.). Am 23. 8. wurde ein Vertrag über den Verkauf von 100 000 Ballen Rohjute vereinbart (R. Dacca 23. 8. W 739). Mit **Ungarn** wurde ein Abkommen über den Import von Passagierwaggonen und Material zum Eisenbahnbrückenbau vereinbart; bisher wurden 27 Wagen importiert (R. Budapest 27. 7. W 737, R. Dacca 16. 9. W 743). Am 25. 7. wurde mit **Rumänien** ein Protokoll über Warenaustausch für 1973/74 unterzeichnet (Scinteia 26. 7.); außerdem wird Rumänien 401 Güterwagen an Bangla Desh liefern (R. Dacca 29. 7. W 737). Mit **Polen** wurde ein Vertrag über den Kauf von 67 000 Ballen Rohjute vereinbart (R. Dacca 14. 8. W. 739); die **CSSR** erklärte sich zur Abnahme von 16 000 Ballen bereit (R. Dacca 14. 8. W 739). Ein Kulturabkommen und ein Seeverkehrsabkommen wurden mit der **DDR** unterzeichnet (ADN 14., 21. 9.).

3. Indien

Inneres Im Unionsstaat Bihar wurde am 2. 7. eine neue Regierung unter Abdul Ghafoor eingesetzt und vereidigt. Ghafoor versprach die Verwaltung zu reorganisieren, die Korruption zu bekämpfen und die anstehenden Wirtschaftsprobleme zu lösen (AIR 2. 7.). Wegen der wirtschaftlichen Notsituation kam es in verschiedenen Teilen des Landes (Kalkutta, Kerala) zu Auseinandersetzungen mit der Polizei (NZZ 9. 7., FAZ 17. 7.). Neuer Chefminister von Gujarat wurde Chimambhai Patel (R. Dehli 16. 7. FE 4349). Die zu beobachtenden Zerfallserscheinungen in zahlreichen Gliedstaaten hängen im wesentlichen mit der Krise der regierenden Kongress-Partei Indira Gandhis zusammen, die durch teilweise ungeschicktes Taktieren und verschiedene Fehlalkulationen entstanden. Dazu kommen in Südindien religiöse Spannungen, die durch eine innerparteiliche Kritik an Frau Gandhi verstärkt werden (NZZ 21. 7.). In diesem Kontext ist ein Artikel der „Times of India“ über den Mißbrauch des Presidents Rule, das von Frau Gandhi bisher 22mal verhängt wurde, zu erwähnen, der darin

ein Anzeichen für das schwindende „Vertrauen in die Demokratie“ in Indien sieht (TOI 16. 7.). Am 23. 7. begann die fünfwöchige Parlamentsitzung, bei der 17 Gesetzesvorlagen bearbeitet werden sollen (AIR 22. 7.). Frau Gandhi forderte dabei die Abgeordneten der eigenen Partei auf, parteiinterne Differenzen zu überwinden, wobei sie versicherte, daß Indien nicht dem Kommunismus zusteure, während sie von den Oppositionsführern „nationale Disziplin“ verlangte, um der „wirtschaftlichen Herausforderung“ zu begegnen (NZZ 25. 7., AIR 26. 7.). Erneute Unruhen ergaben sich in Manipur und in Kerala Anfang August (AIR 1. 8., R. Delhi 2. 8. FE 4364). Zu Auseinandersetzungen kam es auch mit den Naga, gegen die Armeeeinheiten eingesetzt wurden; Innenminister U. Dikshit erklärte am 3. 8. vor dem Parlament, daß die VR China den bewaffneten Aufstand der Nagas unterstütze (NZZ 8. 8., R. Delhi 3. 8. FE 4365). Die Hungersnot in Zentralindien sowie der Streik der Eisenbahner führte zu weiteren Unruhen, aus Delhi wurden Plünderungen gemeldet; erschwerend wirkte sich aus, daß die Lokomotivführer einen Streik um höhere Löhne begannen (FAZ 6. 8.). Zum 27. Jahrestag der Unabhängigkeit erklärte Frau Gandhi u. a., daß die Regierung nicht in der Lage sei, mit der schwierigen Situation allein fertig zu werden, auch das Volk trage Verantwortung. (Text R. Delhi 15. 8. FE 4374. Die Rede Giris ISI 10. 8. FE 4373). Am 17. 8. wurde die Auflösung der „revolutionären Naga-Regierung“ gemeldet, Tausende der Rebellen sollen sich ergeben haben, ohne daß eine völlige Beruhigung der Situation bisher eintrat (R. Delhi 17. 8. FE 4374 AIR 20. 8.). Wegen „parteischildigenden Verhaltens“ wurde P. Singh am 12. 9. als Mitglied der Kongreß-Partei suspendiert, was offensichtlich auf die Kritik Singhs an der Politik Frau Gandhis zurückzuführen ist (NZZ 14. 9.). Auf dem Treffen des Kongreß-Komitees am 15. 9. warnte Frau Gandhi eindringlich vor der Gefahr des Bündnisses „reaktionärer Kräfte mit linken Abenteurern“ (R. Delhi 15. 9. FE 4402). Dabei ist die Kongreß-Partei teilweise von Kommunisten der moskautreuen KPI unterwandert, die die Politik Frau Gandhis in Richtung Mitte heftig kritisieren und eine Wendung nach links verlangen, beispielsweise auch für die Verstaatlichung des Reisgroßhandels eintreten, den die Regierung nach den negativen Ergebnissen auf dem Weizen Sektor vorerst verschob (NZZ 21. 9.). Ein weiteres ungelöstes Problem der Innenpolitik sind die „Unberührbaren“, die es zwar laut Artikel 17 der Verfassung nicht mehr gibt, ohne daß das Problem als solches aber gelöst ist (The Times 20. 8., SZ 18. 8., ISI 14. 9.). Der „Löwe von Kaschmir“, Sheikh Abdullah, scheint mit seiner Forderung nach größerer Autonomie erfolglos geblieben und deswegen resigniert zu haben. Angeblich will er sich künftig nicht mehr nur für die Interessen Kaschmirs einsetzen, sondern für die Belange der ca. 60 Mio. indischen Musli insgesamt eintreten, was zu einer Konfrontation mit dem religiösen Oberhaupt der kaschmirischen Muslim, Mohammed Farouq zu führen scheint (NZZ 16. 8., 22. 9.) (vgl. zur Kongress-Partei SZ 11. 8., NZZ 3. 9.). Am 8. 7. starb Justizminister D. R. Chavan im Alter von 57 Jahren (R. Delhi 8. 7. FE 4342).

Wirtschaft Die Ernährungskrise als Folge einer Dürre führte zu einer Krise auch in anderen Sektoren, u. a. zur Stromverknappung, was teilweise Industrie- und Bewässerungsanlagen außer Kraft setzte. Engpässe bestehen in der Kohlenversorgung, im Transportwesen und der Düngemittelfabrikation, wobei das Defizit im Staatshaushalt und die Güterverknappung die Preise in die Höhe treibt. Am meisten von der Dürre betroffen sind Gebiete der Gliedstaaten Andhra Pradesh, Gujerat, Rajasthan und die Provinz Maharashtra (Hauptstadt Bombay). Staatlich organisierte öffentliche Notstandsarbeiten wirkten sich als soziale Maßnahme wie als wirtschaftliche Entwicklungsprojekte günstig aus. Seit Mitte 1972 wurden in Maharashtra über 10 000 km Straßen gebaut, 100 km Kanäle ausgehoben sowie weitere Infrastrukturarbeiten ausgeführt. Diese Massenerbeitseinsätze, die unter dem Einfluß chinesischer Beispiele stehen, sollen als Modell künftiger Entwicklungsarbeiten im ganzen Land dienen. Negativ wirkte sich die Verstaatlichung des Weizenhandels aus. Die Produktion betrug 1970/71 108 Mio. t, 1971/72 115 Mio, 1972/73 aber nur 96, wobei zu berücksichtigen ist, daß jährlich ca. 14 Mio. mehr Menschen zu ernähren sind. Die lange geforderte Verstaatlichung war ein Fehlschlag, da sie nicht genügend vorbereitet war und die interessenbedingten Reaktionen der Wirtschaftspartner nicht berücksichtigt wurden. Als Folge horten viele Bauern ihr Getreide, daneben existiert ein schwarzer Markt, auf dem trotz des Verbots mehr Getreide vertrieben wird als vom Staat selbst (NZZ 16. 6.). Angesichts dieser Situation entschloß sich die Regierung zur Einfuhr von 4,5 Mio. t Getreide. Als Folge der Preissteigerungen eine Kürzung der Staatshaushalte um 4 Mrd. Rupien beschlossen, wovon 3 Mrd. auf die Zentralregierung entfallen (R. Delhi 10. 8. W 737). Im Gegensatz zur Dürre in anderen Teilen des

Landes kam es in Kaschmir zu großen Überschwemmungen durch anhaltende Regenfälle, wobei etwa 40 Dörfer überschwemmt, zahlreiche Brücken und Straßen zerstört wurden (NZZ 13. 8.). Zum Sofortprogramm für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Lande erklärte Planungsminister Dharma am 23. 8., daß in seinem Rahmen ca. 500 000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, wobei er gleichzeitig zugab, daß seit 1971/72 die Zahl der Arbeitslosen um 1,2 Mio. gestiegen sei (ISI 23. 8.). Die Kürzung der Mittel für die Geburtenkontrolle mutet in dieser Situation unverständlich an, da angesichts des geringen Wachstums des National-einkommens (1972 2%) keine Chance besteht, die wirtschaftliche Situation entscheidend zu verbessern. Dagegen wirken die dringenden Aufrufe von Frau Gandhi zur Intensivierung der Anstrengungen und zur Erhöhung der Produktion nachgerade illusionär (R. Delhi 1. 9. W 740). Auf einer Sitzung des „All India Congress Committee“ vom 15.–16. 9. wurden Alternativen zur Übernahme des Reisgroßhandels vorgeschlagen, während Frau Gandhi die Übernahme des Reishandels vor der Herbstsaison ankündigte (AIR 16. 9.). (zur Wirtschaftspolitik vgl. NZZ 12. 8., zur Wirtschaftsstruktur NZZ 15. 8.). Für den laufenden Plan sind Ausgaben in Höhe von 22–25 Mrd. Rupien zum Ausbau der Elektrizitätswirtschaft vorgesehen, wobei ländliche Gebiete besonders berücksichtigt werden sollen. (R. Delhi 30. 8. W 741). Ende Juni wurde eine 1900 km lange Pipeline vom Salaya (Westküste) nach Mathura in Uttar Pradesh fertiggestellt (Tass 26. 6. W 731). Innenminister D. K. Barooah erklärte am 13. 7., daß zur Erreichung der Selbstversorgung Ölbohrungen auf dem Land und an der Küste vorgenommen werden müßten. Im laufenden Jahr sollen 64 Mio. t erschlossen werden, für 1977/78 ist eine Steigerung um 8 Mio. t vorgesehen (ISI 13. 7. W 733). Die Kohleproduktion erreichte 1972/73 die Rekordhöhe von 76,4 Mio. t, für 1973/74 werden 80 Mio., für 1979 143 Mio. t angestrebt (Tass 26. 6. W 731). Die friedliche Nutzung der Atomenergie wird intensiviert. Das erste Kraftwerk wurde 1969 in Tarapur/Maharashtra in Betrieb genommen und hat eine Kapazität von 400 Megawatt; ein 200 Megawatt Projekt in Rajasthan wurde im August 1972 in Betrieb gesetzt. Ein drittes Kraftwerk wird bei Madras gebaut und soll 1976 in Betrieb genommen werden, ein viertes soll in Uttar Pradesh in den nächsten zwei Jahren erbaut werden (AIR 2. 7., R. Delhi 6. 8. W 737). Bis Ende März 1973 wurden über 4000 km Eisenbahnlinie elektrifiziert, bis 1976/77 sollen weitere 1700 km, bis 1979 nochmals 2000 km hinzukommen (R. Delhi 19. 8. W 740). Zur Modernisierung der Flughäfen wurde ein Projekt zur Mechanisierung der Navigationseinrichtungen in Höhe von 450 Mio. Rupien vorgeschlagen (AIR 19. 8.). Im Hinblick auf die Rüstungswirtschaft gab Indien die Selbstversorgung auf dem Gebiet der Infanteriewaffenfabriken bekannt. Auf dem Gebiet der Marine werden Patrouillenboote gebaut, Fregatten sind im Bau. Monatlich wird ein Flugzeug des Typs AVRO gebaut, das angeblich besser sein soll als die britischen Originale (R. Delhi 17., 23. 8. W 739, R. Delhi 24. 9. FE 4408). Die Einfuhr kompletter Fabriken zur Papierherstellung wurde am 18. 9. von der Regierung verboten (AIR 18. 9.).

Äußeres/Allgemein Die verfügbare Hilfe des Auslands für das Finanzjahr bezifferte Staatssekretär M. G. Kaul auf 250 Mio. \$. Die Hilfszusagen belaufen sich auf 1,1 Mrd. \$, die Ausgaben auf 980 Mio. und die Rückzahlungsverpflichtungen auf 720 Mio. \$ (R. Delhi 23. 6. W 731). Der Beitrag Indiens zum Sonderfonds der ADB wurde verdoppelt, (bisher 103 000 \$) (ISI 28. 9.). Entgegen der ursprünglichen Absicht reiste Frau Gandhi am 3. 9. zur Konferenz der Blockfreien nach Algier, doch scheint es sich dabei mehr um eine Pflichtübung zu handeln als um ein Zeichen dafür, daß Indien dieser Konferenz eine besondere politische Bedeutung zumaß (NZZ 5. 9.). **Asien:** Das Handelsabkommen mit besonderen Zahlungsvereinbarungen mit Bangladesh wurde um weitere drei Monate bis 27. 9. verlängert (R. Delhi 26. 6. W 731). Am 5. 7. wurde ein neues Abkommen mit dreijähriger Gültigkeit vom 28. 9. an unterzeichnet, nach dem jährlich Waren im Werte von 300 Mio. Taka gehandelt werden sollen (R. Dacca 5. 7. W 732). Der Erdölbedarf von Bangla Desh bis Ende des Jahres wird durch die Lieferung von 350 000 t Öl gedeckt. Die einzige Raffinerie von Bangla Desh in Chittagong raffiniert monatlich 90 000 t (AIR 10. 7., R. Delhi 10. 7. W 733). Am 18. 8. folgte ein Transportabkommen für die Wasserstraßen (R. Delhi 18. 8. W 740), am 27. eines über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie (ANSA 28. 8.) mit einer Laufzeit von 5 Jahren sowie eines am 28. 8. über einen Handelskredit in Höhe von 250 Mio. Rupien bei 5% Zins und einer Laufzeit von 15 Jahren (R. Delhi 29. 8. W 742). Die Nachrichtenagentur PTI (Press Trust of India) und indonesische Antara unterzeichneten am 21. 7. ein dreijähriges Abkommen über den Nachrichtenaustausch (R. Delhi 21. 7. W 736). Vom Umsturz in

Afghanistan zeigte sich Indien überrascht, war aber einer der ersten Staaten, die die neue Republik anerkannte. Am 24. 9. kamen beide Seiten nach dem Besuch eines afghanischen Sondergesandten überein, die Zusammenarbeit zu erweitern (AIR 24. 9.). Anfang Juli einigte sich Indien mit Pakistan über die Aufnahme offizieller Gespräche zur Regelung der beiderseitigen Probleme, nachdem Indien zuvor die Entlassung von 440 kranken Kriegsgefangenen nach Pakistan angekündigt hatte (SZ 5. 7., R. Delhi 8. 7. W 432). Gleichzeitig wurden 127 Bengalen von Pakistan nach Bangla Desh repatriert (NZZ 15. 7.). Am 22. 7. folgte die Freilassung von 154 Kindern und 64 Frauen durch Indien, Pakistan entließ weitere 33 Bengalen (NZZ 23. 7.). Nach einer Verlängerung der Verhandlungen zwischen beiden Seiten und ihrer Wiederaufnahme am 20. 8. wurde am 28. 8. ein Abkommen zur Lösung der humanitären Probleme unterzeichnet. Danach werden alle pakistanischen Kriegsgefangenen mit Ausnahme von 195, alle Bengalis in Pakistan und eine beträchtliche Anzahl von Pakistani in Bangla Desh gleichzeitig repatriert. Die 195 verbleibenden Gefangenen sollen während der Repatriierungsperiode nicht in Bangla Desh vor Gericht gestellt werden; erst nach dem Abschluß der Aktion soll es zu einem Dreier-Treffen zwischen Indien, Pakistan und Bangla Desh kommen, bei dem diese Frage geregelt werden soll (AIR 29. 8., NZZ 1. 9.). Bereits zuvor war eine Zusammenarbeit bei Vorbeugungsmaßnahmen gegen Überschwemmungen vereinbart worden (Dawn 25. 8.). Die Repatriierung selbst begann am 18. 9., insgesamt sollen 2600 Nichtbengalen aus Bangla Desh nach Pakistan, 2000 Bengalen aus Pakistan nach Bangla Desh und 1680 pakistanische Kriegsgefangene aus Indien in ihre Heimat reisen. Außerdem werden etwa 160 000 Bengalen in Pakistan, 90 000 Kriegsgefangene in Indien und eine erhebliche Anzahl der 260 000 Biharis in Bangla Desh repatriert (NZZ 19. 9., 21. 9.). Ein Rückschlag in den Beziehungen trat durch die Rede von Bhutto vor der UNO ein, als er erklärte, daß Pakistan erst dann Bangla Desh diplomatisch anerkennen und für seine Aufnahme in die UNO stimmen werde, wenn alle Kriegsgefangenen einschließlich jener 195 ausgenommenen freigelassen worden seien (NZZ 22. 9.); andererseits reagierte Frau Gandhi ablehnend auf den Vorschlag Bhuttos, die Streitkräfte auf dem Subkontinent zu verringern (ISI 29. 9.).

Naher Osten und Afrika: Die Beziehungen zum Iran wurden durch einen überraschenden Besuch von Swaran Singh vom 19.—21. 7. in Teheran bereinigt, nach dem es zuvor zu Unstimmigkeiten wegen des erklärten Interesses des Iran „über den Persischen Golf hinaus“ und der Freundschaft zu Pakistan gekommen war (NZZ 11., 21., 24. 7.). Singh erklärte nach seiner Rückkehr, daß sich der Iran bereit erklärt habe, im Hinblick auf eine friedliche Lösung der Konflikte des Subkontinents zu wirken und daß eine militärische Unterstützung für Pakistan nur im Falle eines Angriffs auf Pakistan oder der Bedrohung seiner Integrität eintreten würde (R. Delhi 26. 7., ISI 23. 8. FE 4384). Dem Irak wurde der Bau einer halbintegrierten Stahlfabrik mit einer Kapazität von jährlich 2 Mio. t und Kosten in Höhe von 700 Mio. Rupien angeboten (R. Delhi 10. 7. W 733). Am 26. 7. trat das im April unterzeichnete Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation in Kraft (R. Delhi 26. 7. W 735). Im Rahmen dieses Projektes wird Indien gegen Rohöl verschiedene Entwicklungsprojekte unterstützen. Das Kulturabkommen wurde am 1. 8. ratifiziert, es sieht u. a. den Austausch von Studenten und Lehrkräften sowie eine Zusammenarbeit auf dem Funk- und Pressewesen vor (R. Delhi 1. 8. FE 4364). Am 17. 8. folgte die Ratifizierung des Abkommens über einen Kredit in Höhe von 50 Mio. Dollar des Irak in Form von Rohöllieferungen (R. Delhi 17. 8. W 740). Es folgte eine Protokoll über den Einsatz von indischen Experten im Bereich der Kunstdüngerproduktion und der Erdölraffinerie, außerdem erhält die Öl- und Naturgaskommission Indiens Ölschürfrechte im Südirak (ISI 24. 8.). Diese Vereinbarungen waren das Ergebnis eines Besuches von Erdölminister Barooah vom 18.—26. 8., wobei Indien weitgehende Zusagen im Hinblick auf die Unterstützung irakischer Projekte machte (R. Delhi 20. 9. W 743). Anfang Juli reiste der stellv. Handelsminister A. C. George in eine Reihe afrikanischer Länder, u. a. Tansania, Sambia und Kenia; nach seiner Rückkehr kündigte er eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Staaten an. Indien bot u. a. an, das Kupfer direkt von Sambia und nicht mehr über London zu beziehen (R. Delhi 15. 7. W 734). Der Arbeitsminister von Mauritius, A. H. M. Osman, besuchte Anfang Juli Indien zu Gesprächen über die industrielle Zusammenarbeit (R. Delhi 9., 11. 7. FE 4345). Aus dem Sudan besuchte eine Wirtschaftsdelegation unter Finanzminister I. M. Mansur vom 20.—24. 8. Indien, das sich bereit erklärte, dem Sudan beim Bau von Textil- und Zementfabriken sowie bei einer Reihe weiterer Projekte zu helfen. Außerdem wurden Abkommen über wirtschaftlich-technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusam-

menarbeit vereinbart (R. Delhi 21., 24. 8., FE 4381 W 740). **Amerika:** Die Beziehungen mit den U S A scheinen in Äußerungen beider Seiten auf eine Normalisierung zuzustreben (FAZ 4. 8.). Erstes Anzeichen ist die erste amerikanische Projekthilfe seit dem Bangla-Desh-Konflikt am 4. 9. in Form eines Schecks über 150 Mio. Rupien an die für die Elektrifizierung zuständige Behörde (R. Delhi 4. 9. W 742). **K a n a d a** gewährte eine Anleihe in Höhe von 50 Mio. \$ zum Kauf von Kunstdünger und Bodenschätzen (R. Delhi 19. 7. W 734); eine weitere Anleihe in Höhe von 27,8 Mio. Rupien und ein Geschenk von 8, 4 Mio. Rupien folgten am 9. 8. und soll zur Finanzierung von zwei hydroelektrischen Projekten in Tamil Nadu verwendet werden (R. Delhi 9. 8. W 740). Dagegen weigerte sich Kanada, die gewünschten Ersatzteile für die Atomwirtschaft Indiens zur Verfügung zu stellen (R. Delhi 30. 8. W 740). Vom 22.—24. 8. hielt sich Verteidigungsminister J. Richardson in Delhi auf (ISI 23. 8.). **Europa:** Die B u n d e s r e p u b l i k gewährte Indien eine Finanzhilfe von 958 Mio. Rupien (310 Mio. DM) im laufenden Finanzjahr. Die nicht zweckgebundene Hilfe ist um 7% höher als die des Vorjahres, ein Teil gilt als Schuldenerlaß (AIR 28. 8., FAZ 29. 8.). **G r o ß b r i t a n n i e n** gewährte eine Anleihe in Höhe von 78 Mio. Rupien (zinsfrei, Rückzahlungsfrist 25 Jahre) (R. Delhi 31. 8. W 742). Mit der T ü r k e i wurde am 19. 9. ein Handelsabkommen vereinbart, nach dem Indien Eisen- und Stahlprodukte auch für Mineralien landwirtschaftliche Produkte einführen wird. Der Handel zwischen beiden Staaten betrug 1972 6 Mio. \$ (R. Delhi 19. 9. W 743). **Sozialistische Staaten:** Nach dem Vorsitzenden des Nationalkongresses, S. D. Sharma (Tass 3. 7.) besuchte Verteidigungsminister J. Ram vom 7.—18. 7. die U d S S R (Tass 6. 7., Delhi 8. 7. FE 4342). Er wurde u. a. von A. Kossygin empfangen, der die „unveränderliche Unterstützung“ Moskaus versprach (Tass 6. 7.). Am 20. 7. wurde in Moskau ein Protokoll über eine Raffinerie mit einer Kapazität von 6 Mio. t unterzeichnet, deren Fertigstellung 1977 vorgesehen ist (R. Delhi 21. 7. W 732). Zum 2. Jahrestag der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR hob die sowjetische Presse die Wirtschaftshilfe an Indien hervor, nach der 35% der Ölprodukte, 85% der schweren Maschinen, 60% der Starkstromausrüstungen, 25% des Aluminiums und 20% der Elektrizität von sowjetischen Maschinen produziert werden (SZ 10. 8.). Am 16. 8. wurde ein Protokoll über eine zusätzliche Lieferung von 80 000 t Paraffin unterzeichnet, womit im laufenden Jahr 630 000 t geliefert werden (R. Moskau 19. 8. W 746). Am 29. 9. erklärte sich die Regierung bereit, das Angebot Moskaus, 2 Mio. t Brotgetreide auf Kreditbasis zu liefern, anzunehmen (Tass, ISI 29. 9.). Mit B u l g a r i e n wurde am 15. 9. ein Protokoll über die Zusammenarbeit auf dem Ingenieurwesen unterzeichnet (R. Delhi 15. 9. W 743). Mit der Nachrichtenagentur CTK der C S S R wurde ein Nachrichtenaustausch vereinbart (AIR 19. 7.). Ein Kulturabkommen wurde am 2. 8. mit J u g o s l a w i e n vereinbart (R. Delhi 2. 8. FE 4364). Planungsminister D. P. Dhar hielt sich vom 1.—5. 7. in Rumänien auf, wo er am 5. 7. ein Abkommen über die Errichtung einer gemeinsamen Kommission für Zusammenarbeit unterzeichnete (R. Delhi 6. 7. W 732). Auf seiner Reise nach Nordvietnam legte der Premier K u b a s, Fidel Castro, am 11. 9. einen Zwischenaufenthalt in Neu Delhi zu einem ersten inoffiziellen Besuch Indiens ein (NZZ 13. 9.).

4. Nepal

Inneres Nach der Annahme des Rücktritts von Premier Kirti Nidhi Bista und der Auflösung des Ministerrates wurde am 16. 7. unter Nagendra Prasad Risal ein neues Kabinett vorgestellt, das wie folgt besetzt ist (R. Kathmandu 16. 7. FE 4349):

KARKI, Gyanendra Bahadur	Äußeres und Finanzen
SHRESTHA, Hom Bahadur	Panchayat
SINGH, Bhuvan	Industrie und Handel
KHADAYAT, Lal Bahadur	Justiz
SINGH, Chaturbuj Prasad	Verkehr
SUWAL, Prayag Raj Singh	Öffentl. Arbeiten und Transport
BASNYAT, Hari Bahadur	Forstwirtschaft und Verwaltung
ARIYAL, Krishna Raj	Erziehung
GHIMIRE, Bhoj Raj	Ernährung, Landwirtschaft und Bodenreform
BHATTA, Narayan Dutta	Wasser und Energie
SHAH, Kamal (Frau)	Gesundheit

Mitte Juli wurde ein neues Bildungsprogramm für alle Oberschulen und höheren Bildungsanstalten beschlossen, das 82 Hoch- und Fachschulen betrifft. Hauptinhalt ist eine verstärkte Orientierung auf die technischen Disziplinen, Einführung des Semestersystems und von Aufnahmeprüfungen (ADN 19. 7.). Die mehr als 20 Monate dauernde Volkszählung ergab eine Einwohnerzahl von 11,555 Mio. Einwohnern (1961 9,5 Mio.) (FAZ 26. 7.).

Wirtschaft Der Haushaltsplan für 1973/74 sieht Ausgaben in Höhe von 1,547488 Mrd. Rupien vor, wovon 505,749 Mio. für das Entwicklungsprogramm entfallen. Gegenüber dem laufenden Finanzjahr ergibt sich eine Steigerung von 25,6% der Ausgaben und 68,6% für das Entwicklungsprogramm. Weitere Hauptposten sind 79,174 Mio. Rupien für die allgemeine Verwaltung, 83,165 Mio. für die Verteidigung, 92,181 Mio. für die Sozialaufgaben (R. Kathmandu 2. 7. W 732). Die Weizenernte betrug 1972/73 über 312 000 t, 47 000 t mehr als 1969/70 (NCNA 17. 7.). Am 16. 7. trat das Verbot des Hanfanbaus und des Handels mit Haschisch und Opium in Kraft, was für das Budget einen Verlust an 500 000 \$ von Einnahmen durch die Touristen zur Folge hat. Zahlreiche Händler wurden dadurch arbeitslos, doch bleibt die tatsächliche Auswirkung des Verbotes fraglich (Tanjug 16. 7., FAZ 24. 7.). Mitte August übernahm die Regierung die Leitung von 15 Krankenhäusern, die bisher von ausländischen Missionären geführt und von 27 Kirchen verschiedener Länder finanziert wurden. Die Entscheidung fiel im Rahmen eines neuen Programmes für das Gesundheitswesen (NZZ 21. 8.).

Äußeres König Birendra erklärte am 26. 7. zur Außenpolitik seines Landes, daß diese nach wie vor auf der Bündnisfreiheit beruhen werde (R. Kathmandu 26. 7. FE 4362). Indien erhofft sich von der neuen Regierung eine Verbesserung der Beziehungen zu Nepal (AIR 26. 7.); von den geforderten 50 Mio. Rs. als Ausgleich für zusätzliche von Indien erhobene Steuern erstattete dieses 20 Mio. zurück (TOI 2. 8.). Die UN Hochkommission für Flüchtlingshilfe (UNHCR) schloß am 1. 8. ihr Büro in Kathmandu; es hatte während der neunjährigen Tätigkeit über 8000 Flüchtlingen aus Tibet Hilfe gewährt (TOI 2. 8.). Die Republik A f g h a n i s t a n wurde von Nepal am 1. 8. anerkannt (TOI 2. 8.). Prinzessin Shobha Shah hielt sich vom 13.—25. 7. zu einem offiziellen Besuch in der V R C h i n a auf (NCNA 14.—25. 7., FE 4348-57). Vom 31. 8.—3. 9. besuchte Prinzessin Ashra von Iran Nepal und wurde u. a. von König Birendra und Premier Risal empfangen (NCNA 3. 9.). Außenminister G. B. Karki begann am 12. 9. eine vierwöchige Reise, die ihn nach N o r d k o r e a und der VR China nach N a i r o b i und später nach New York führte (R. Kathmandu 11. 9. FE 4398, KCNA 15.—17. 9. FE 4402). Mit B i r m a wurde am 31. 8. eine Luftverkehrsabkommen unterzeichnet (R. Kathmandu 31. 7. W 736).

5. Pakistan

Inneres Entsprechend der neuen Verfassung, die am 14. 8. in Kraft tritt, wird es neben der Nationalversammlung eine zweite Kammer, den Senat geben. Seine 45 Sitze verteilen sich auf die 4 Provinzen (je 10), die Stammesterritorien im Grenzgebiet (3) sowie den Bezirk von Islamabad (2). Wahlorgane dafür sind die Provinzlandtage bzw. die Nationalversammlung. Bei der Wahl von Anfang Juli errangen die Volkspartei Bhuttos und mit ihr zusammenarbeitenden Unabhängigen 34 der 45 Mandate: 10 Abgeordnete in der Provinz Panschab, 8 in Sind, 5 in Belutschistan, 6 in der Nordwestprovinz. Die Mandate der Stammesterritorien und des Hauptbezirks fielen ebenfalls der Volkspartei zu. Die nationale Awami Party (NAP) gewann 3 Mandate in der Grenzprovinz und 4 in Belutschistan. Zwei Sitze erhielten der Jamaat-Ulema-Islam und eine Oppositionsgruppe in Sind (R. Karachi 8. 7. FE 4342, 4344, NZZ 13. 7.). Am 6. 8. trat der Senat zu seiner Konstituierenden Sitzung zusammen und wählte Habibullah Khan von der Volkspartei zum Präsidenten, der Bhutto in dessen Abwesenheit vertreten wird (NZZ 8. 8.). Zum Sprecher der Nationalversammlung wurde am 9. 8. der Kandidat der Volkspartei, Farooq Ali gewählt (R. Karachi 9. 8. FE 4369). Zum neuen Staatspräsidenten wurde am 10. 8. der ehemalige Präsident der Nationalversammlung und Kandidat der Volkspartei, Chaudry Fazal Elahi, gewählt, der die Nachfolge Bhuttos antritt, der (mit 108 zu 28 Stimmen) zum Premierminister gewählt wurde (R. Karachi 12. 8. FE 4372, NZZ 12., 14. 8.). Am 14. 8. wurden die neuen Amtsträger vereidigt, ebenso wie das Kabinett, an dessen Zusammensetzung sich nichts verändert hatte (R. Karachi 14. 8. FE 4374). Mitte August kam es in Belutschistan zu Unruhen und einer Reihe von Verhaftungen prominenter Politiker, in der Mehrzahl Mitglieder der NAP, wegen „antistaatlicher Aktivitäten“. Die Vorgänge sind vor dem Hintergrund der

ominösen Waffenfunde im Februar des Jahres in der irakischen Botschaft in Islamabad zu sehen. Die Vorwürfe gegen die Verhafteten betreffen im wesentlichen die Vorbereitung eines Guerillakrieges gegen die Zentralregierung (AFP 16. 8., Dawn 18. 8., NZZ 18. 8.). Am 23. 8. wurde nach fortgesetzten Unruhen der Bruder des Gouverneurs von Belutschistan, Mir Ahmad Nawaz Bugti, verhaftet, während die Vereinigte Demokratische Front (UDF) ihre Protestkampagne fortsetzte (Dawn 24., 28. 8.); als Folge davon wurden 12 Führer der UDF wegen Aufrufs zum öffentlichen Ungehorsam ebenfalls in Haft genommen (FAZ 27. 8.). Weitere innere Reformen in der öffentlichen Verwaltung kündigte Bhutto am 20. 8. an; mit ihr sollen die Klassen unter den Staatsbediensteten beseitigt und das Leistungsprinzip für alle eingeführt werden (Dawn 21. 8.). Die Unruhen in Belutschistan setzten sich fort, Oppositionsführer Wali Khan sprach Ende August von insgesamt über 1000 Verhaftungen (Dawn 1./2. 9.); Anfang September bereiste Bhutto die Provinz und forderte die Bevölkerung zu konzentrierten Anstrengungen zur Besserung der Wirtschaftsentwicklung auf (R. Karachi 4. 9. FE 4391). Nach dem Gespräch mit Oppositionsführern lehnte Bhutto kategorisch jede äußere Einmischung in dieses Problem sowie eine größere Unabhängigkeit für die Provinz ab (R. Karachi 6. 9. FE 4393). Aus Protest gegen die Regierungspolitik beschlossen Abgeordnete aller Oppositionsparteien vom 5. 9. an die Sitzungen beider Häuser des Parlaments zu boykottieren (FAZ 7. 9.). Am 5. 9. wurde der Ausnahmezustand für weitere 6 Monate bis zum 13. 4. 1974 wegen der noch zu beseitigenden Folgen des Krieges von 1971 verlängert (R. Karachi 5. 9. FE 4392). In einer Botschaft an die Nation bot Bhutto am 15. 9. der Opposition die Aufnahme eines Dialogs im Sinne demokratischer Verständigung an, wobei er gleichzeitig keinen Zweifel an seiner Haltung im Hinblick auf die Einheit des Landes ließ (R. Karachi 15. 9. FE 4402). Die erwähnte Reform auf dem Verwaltungswesen erwies sich als spektakulärer Schlag gegen die Bürokratie des Landes; im Rahmen der Reform pensionierte Bhutto eine Reihe von Spitzenbeamten und betonte den Grundsatz, daß Leistungen und weniger Dienstjahre zählten. Die Maßnahmen stießen auf das Mißtrauen der Opposition, die darin einen möglichen Schritt auf dem Weg zum Ein-Parteien-Staat durch die Besetzung der wichtigsten Posten mit den Anhängern Bhuttos befürchteten (NZZ 22. 9.). Die Bevölkerung Pakistans beträgt nach der Volkszählung vom 9. 1972 64 890 000 Einwohner (34,417 Mio. Männer und 30,473 Mio. Frauen). 1961 lebten insgesamt 42,88 Mio. Menschen im damaligen Westpakistan, was einen Anstieg von 150% bedeutet. Die jährliche Wachstumsrate liegt damit über 4% (Indien unter 3%), eine Tatsache, die Erfolgsmeldungen im Hinblick auf die Familienplanung Lügen straft (NZZ 29. 8.).

Wirtschaft In seinem Bericht vor der Nationalversammlung am 3. 8. erklärte Bhutto, daß das Verteidigungsbudget zur Sicherheit des Landes verdoppelt worden sei. Der Export stieg danach im vergangenen Jahr um 40%, eine Rekord-Weizenernte von 7,4 Mio. t wurde eingebracht. Das Entwicklungsprogramm wurde um 49% erhöht (R. Karachi 3. 8.). Mitte August kam es zu großen Überschwemmungen in den Provinzen Sind und Panshab, denen nach amtlichen Angaben ein Drittel der Baumwollernte zum Opfer fiel (R. Karachi 20. 8. FE 4389). Als Folge davon wurde die Ausfuhr von Baumwolle verboten, obwohl dies die Hauptdevisenquelle des Landes darstellt (FAZ 29. 8.). Damit sollte die Versorgung der heimischen Textilindustrie sichergestellt werden; die Ernte wird auf 3 Mio. Ballen geschätzt (Dawn 24. 8.). Am 1. 9. wurden 18 Industrien des Landes verstaatlicht, nachdem der Regierung bereits Anfang 1972 deren Betriebsführung übernommen hatte. Ausgenommen blieben ausländische Anlieger, gewahrt werden sollen die Interessen kleiner Aktionäre (NZZ 3. 9., R. Karachi 9. 9. W 742). Amtlichen Angaben zufolge stieg das Nationaleinkommen 1972/73 auf 6,5% (1,4% mehr als im Vorjahr); das Pro-Kopf-Einkommen stieg um 3,8% (im Vorjahr 1,3% Rückgang); die Weizenproduktion stieg um 9,1% auf 7,4 Mio. t, die Reisproduktion sank um 2,5%. Die Exporte stiegen um 40% auf 826 Mio. \$ (R. Karachi 8. 9. W 742). Mitte August schritt die Monopolkontrollbehörde (MCA) zum ersten Male ein; sie hat darauf zu achten, daß der direkte oder indirekte Aktienbesitz an einem Unternehmen nicht mehr als 49% beträgt (Dawn 20. 8.). Am 4. August wurde von Bhutto der erste von Pakistan entworfene und hergestellte Traktor vorgestellt (R. Karachi 4. 8. W 737).

Äußeres/Allgemein Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes bezüglich des Verbotes der Auslieferung pakistanischer Kriegsgefangener durch Indien an Bangla Desh auf Auftrag Pakistans wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen (R. Karachi 15. 7. FE 4348) (vgl. Indien). Die ADB finanziert 3 weitere Projekte in Pakistan — eine Düngefabrik in Multan, eine Last Pipeline nach Karachi und die Vergrößerung eines Kraftwerkes in Mangla (R. Karachi 29.

7. W 737). Der Internationale Währungsfond (IMF) billigte einen Beistandskredit zum Kauf von Devisen bis zum Gegenwert von 75 Mio. US- $\text{\$}$ im Laufe des nächsten Jahres (Dawn 12. 8.). Die Atomenergiekommission Pakistan vereinbarte mit der IAEA eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie, in dessen Rahmen die IAEA technische Hilfe sowie eine Unterstützung im Wert von 1,5 Mio. $\text{\$}$ in Form von Ausrüstung, Fachkräften und Stipendien gewährt (Dawn 28. 8.). **Asien:** Das Parlament ermächtigte Bhutto am 10. 7. gegen die Stimmen der Opposition **B a n g l a D e s h** als unabhängigen Staat anzuerkennen. Nach wie vor besteht Pakistan auf der Freilassung der 90 000 Pakistaner in Indien (R. Karachi 10. 7. FE 4343, FAZ 11. 7., NZZ 12. 7.). Die Absicht Bangla Deshs, an der Aburteilung von Kriegsverbrechern festzuhalten, bezeichnete Bhutto als „ernste Bedrohung auf der Suche nach dem Frieden auf dem Subkontinent“ (R. Karachi 21. 7. FE 4345). Die Repatriierung von Pakistani aus Bangla Desh und umgekehrt im Rahmen des Abkommens mit Indien (vgl. dort) begann am 19. 9. mit der Ankunft von 135 Pakistani in Lahore aus Dacca. Die erforderlichen Flüge wurden auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der „Royal Nepal Airlines“ durchgeführt (R. Kathmandu 18. 9. FE 4404). Der Staatsstreich in **A f g h a n i s t a n** löste Unruhe aus, vor allem wegen möglicher Auswirkungen auf die Innenpolitik des Landes im Zusammenhang mit der Paschtunistanfrage (NZZ 19. 7.). Trotzdem wurde die Republik bereits am 22. 7. anerkannt (FAZ 23. 7.). Die Rede des afghanischen Delegierten auf der Konferenz der Blockfreien in Algier führte zu einem Protest Pakistans, da dieser die Loslösung Paschtunistans und seiner 7 Mio. Einwohner gefordert hatte. Der Protest wurde von Afghanistan zurückgewiesen (R. Karachi 23. 9., R. Kabul 24. 9. FE 4408). Der Vorschlag **I n d i e n s**, die offiziellen Gespräche am 24. 7. abzuhalten, wurde von Pakistan angenommen (AIR 11. 7.); die Gespräche endeten mit einem Abkommen über die Repatriierung von Staatsangehörigen des jeweils anderen Landes (vgl. Indien). Der Handel mit **S r i L a n k a** stieg von 1971 bis 1972 um 200% auf 360 Mio. Rupien (NCNA 30. 9.). Mit **M a l a y s i a** wurde am 6. 7. ein Abkommen über den Luftverkehr unterzeichnet (R. Karachi 6. 7. W 732). Das Handelsabkommen mit der **V R C h i n a** vom 23. 6. 72 wurde am 10. 8. bis 31. 12. 73 verlängert (Dawn 11. 8.). Einer indischen Quelle zufolge trat Pakistan angeblich im Rahmen des chinesisch-pakistanischen Abkommens ein 2000 Quadratmeilen großes Stück Land von Jammu und Kaschmir an China ab (ISI 10. 8.). Außen- und Verteidigungsminister Aziz Ahmed hielt sich vom 30. 8. bis 1. 9. in der VR China auf und reiste anschließend in die UdSSR und die Türkei weiter (NCNA 30., 31. 8., 1. 9.). Seinen Dank an China wegen seiner Standhaftigkeit im Hinblick auf die Bangla Desh-Frage drückte Bhutto am 15. 9. über Fernsehen und Rundfunk öffentlich aus (R. Peking 17. 9.). **Naher Osten und Afrika:** Das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kuwait wurde am 25. 7. ratifiziert (R. Karachi 25. 7. FE 4358); unter diesem Abkommen wird Pakistan 4000 t Reis nach Kuwait liefern. Auf seinem Rückweg von China besuchte der Präsident der **V R K o n g o**, Marien Nguoubi, am 7. 8. Pakistan und erklärte dabei die Unterstützung seines Landes für die Friedensbemühungen Präsident Bhuttos (Dawn 8. 8.). Eine Delegation aus **M a u r i t i u s** unter Handelsminister Gay Marchand besuchte Anfang August Pakistan zu Gesprächen über die Ausweitung des Handels (R. Karachi 5., 6., 9. 8. W 737). **Amerika:** Bhutto begann am 15. 9. eine Reise in die **U S A**, wo er am 18. und 19. 9. mit Präsident Nixon zusammentraf. Auch er erreichte keine Änderung der Rüstungspolitik der USA, wie sie seit dem 14. 3. praktiziert wird, wonach Pakistan nur Ersatzteile und „nicht zum Töten“ bestimmtes Rüstungsmaterial erhält. Dagegen erklärten sich die USA bereit, über bereits gelieferte Nahrungsmittel hinaus wirtschaftliche und sanitäre Hilfe im Wert von 24 Mio. $\text{\$}$ zu leisten (FAZ 21., NZZ 22. 9.). Mit **K a n a d a** wurde am 18. 9. ein Abkommen über eine Anleihe von 30 Mio. kan. $\text{\$}$, für die Industriewaren von Kanada gekauft werden sollen, vereinbart (rückzahlbar in 50 Jahren, 10 Jahre Aufschub) (R. Karachi 18. 9. W 743). **Europa:** Vom 23.–25. 7. hielt sich Bhutto in **G r o ß b r i t a n n i e n** zu Gesprächen mit Premier Heath über die bilateralen Beziehungen auf. Bhutto machte dabei klar, daß Pakistan nicht die Absicht habe, wieder Mitglied des Commonwealth zu werden, äußerte sich aber zufrieden über die Gespräche mit Heath (FAZ 26. 7.). Im August wurde mit einer britischen Firma ein Vertrag über die Errichtung eines Kunstdüngerwerkes in Karachi unterzeichnet (Dawn 24. 8.). Auf seiner Europareise besuchte Bhutto außer Großbritannien auch Frankreich und die Schweiz. Die Bundesrepublik gewährte Pakistan einen Kredit in Höhe von 22 Mio. DM zum Ausbau eines Kraftwerkes (2% Zins, in 30 Jahren rückzahlbar) (DPA 22. 7. W 733). **B e l g i e n** gewährte Pakistan eine Anleihe von 100 Mio. Francs für die wirtschaftliche Entwicklung (2% Zins, Laufzeit 40 Jahre) (R. Karachi 3. 9. W 743).

Sozialistische Staaten: Die UdSSR erklärte sich bereit, weitere 5000 Traktoren bis Ende 1974, davon 1000 noch 1973, zu liefern (R. Karachi 1. 8., 13. 8. W 737,741). Zu einem Meinungsaustausch mit der Regierung hielt sich der Sonderbotschafter B. F. Podtserob vom 3.—5. 9. in Pakistan auf (Dawn 3.—5. 9.). Ein Luftverkehrsabkommen wurde am 6. 7. mit Jugoslawien unterzeichnet (R. Karachi 6. 7. W 732). Bulgarien gewährt Pakistan eine Projekthilfe in Höhe von 8 Mio. \$, wozu es eine Delegation zur Untersuchung der Anlagemöglichkeiten nach Pakistan entsandte (R. Karachi 26. 7., 4. 8. W 737). Mit Rumänien wurde am 3. 7. ein Abkommen über wirtschaftlich-technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet (Agerpres 5. 7. W 733).

6. Sri Lanka

Inneres und Wirtschaft Am 19. 7. wurde mit einer Mehrheit von 90 Stimmen das Gesetz zur Neuordnung der Eigentumsrechte des größten Verlagshauses „Sociated News Papers of Ceylon Ltd“ (Lake Haus Gruppe) verabschiedet. Der Entscheid bedeutet die Verstaatlichung, da der Verlegerfamilie Wijewardene als Hauptaktionär zur Auflage gemacht wird, 82% ihrer Anteile an einen öffentlichen Trust abzutreten, der von einem Bruder der Regierungschefin verwaltet wird (R. Colombo 19. 7. FE 4352). Dieser Vorgang gefährdet die Pressefreiheit des Landes und ist ein gezielter Schlag gegen unbequeme Kritiker von Frau Bandaranaike; nach dem Einschwenken der „Times of Ceylon Ltd“ verbleibt nur noch ein oppositionelles Blatt die „Independent News Papers of Ceylon Ltd“ (NZZ 2. 9.). Mit Wirkung vom 19. 7. übernahm Frau Bandaranaike zusätzlich das Amt des Ministers für Planung und Wirtschaft (R. Colombo 10. 7. FE 4344). Der Ausschluß der KP aus der Koalitionsregierung führte zu einer Spaltung der moskaufreundlichen Partei; zwei Minister wurden ausgeschlossen, als sie bekannt gaben, weiterhin in der Regierung mitarbeiten zu wollen. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der besonders guten Beziehungen Sri Lankas zur VR China (FAZ 19. 9.). Am 10. 7. wurde von der Nationalversammlung die Errichtung eines nationalen Ingenieur- und Forschungszentrums beschlossen (R. Colombo 11. 7. W 734). Die Durchführung der Agrarreform scheint in vollem Gange; nach einem Programm der verantwortlichen Kommission sollen 100 000 acres Land an Bauern verteilt werden. Bis Anfang Juli sollen über 52 Großplantagen (20 000 acres) übernommen worden sein; als Ziel werden 500 000 acres angegeben (Tass 20., 25. 7.). Auf dem Gebiet der Keramikindustrie werden Fortschritte gemeldet. 1972 wurde das Produktions-soll um 25% überschritten und 6,2 Mio. Rs. an die Regierung als Gewinn abgeführt (NCNA 26. 7.). Ende August wurde die erste Fabrik zur Verarbeitung von Manihot in Kundasale in Betrieb genommen (NCNA 25. 8.). Eine schwere Ernährungskrise bedrohte Anfang September das Wirtschaftsgefüge. Während von der Regierung als Ursache Unwetter und Trockenheit genannt wurden (R. Colombo 15. 9. W 743) und Frau Bandaranaike an die Bevölkerung appellierte gemeinsam der Krise zu begegnen (R. Colombo 20. 9. FE 4406), scheinen die wirklichen Ursachen für die Krise in der verfehlten Wirtschaftspolitik zu liegen, die nicht zuletzt durch die Zuteilung der freien Reiserationen bedingt wurde.

Außeres Der Presseverband des Commonwealth protestierte gegen das erwähnte Gesetz zur Einschränkung der Pressefreiheit (Dawn 13. 7.). Am 27. 8. wurde mit Indien ein Protokoll über einen Kredit in Höhe von 50 Mio. Rupien zum Ausbau der Zuckerindustrie vereinbart (R. Dehli 27. 8. W 740). Außenminister N. M. Perera besuchte am 16. 9. Pakistan zu Verhandlungen über die Erhöhung des Reisimports (R. Karachi 16. 9. FE 4401). Japan wird Sri Lanka in Verbindung mit der Hilfe des internationalen Konsortiums ungebundene Kredite in Höhe von 3,5 Mrd. Yen zur Verfügung stellen (4,5% Zins, rückzahlbar in 25 Jahren, 7 Jahre Frist) (JAT 21. 7.). Im Rahmen des Schifffahrtsabkommen mit der VR China traf am 29. 7. das erste chinesische Schiff in Colombo ein (NCNA 20. 7. FE 4354). Mit Tansania wurden am 22. 7. diplomatische Beziehungen aufgenommen (Tass 22. 7.). Ein Luftfahrtabkommen wurde mit der Bundesrepublik im August abgeschlossen (FAZ 26. 7.). Mit der UdSSR wurde das Protokoll für 1973 des Abkommens über wissenschaftlichen und kulturellen Austausch unterzeichnet (R. Moskau 28. 7. FE 4360). Im Handelsaustausch mit der UdSSR verfügt Sri Lanka über eine positive Handelsbilanz in Höhe von 1,5 Mio. £ Sterling (R. Colombo 15. 8. W 741).

II. Südostasien

1. Birma

Inneres Am 4. 7. hielt die Kommission für die neue Verfassung unter General San Yu ihre 8. Sitzung ab; ein Referendum über die neue Verfassung soll vom 15.–31. 12. 73 abgehalten werden (R. Rangun 4. 7., AFP 3. 9.). Unter der „Operation Suzaga“ wurden 92 Personen unter Anklage gestellt, doch gehen die Ermittlungen, bei denen es im wesentlichen um Steuervergehen geht, weiter (R. Rangun 4. 7. FE 4339). Die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben sind nach amtlicher Auffassung die Annahme der neuen Verfassung, die Förderung des landwirtschaftlichen Sektors zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Niederwerfung lokaler und ausländischer „linker wie rechter Saboteure“, die den sozialen Zusammenhalt der arbeitenden Bevölkerung unterminieren (R. Rangun 17. 7. FE 4350). Am 17. 7. wurde die Eroberung des Hauptquartiers der Shan-Rebellen und die Verhaftung ihres Führers Lo Hsing-Han gemeldet (R. Rangun 20. 7. FE 4353). Bei dieser Operation „Aungthanhwin“ flüchtete ein Großteil der Rebellen über die Grenze nach Thailand (R. Rangun 24. 7. FE 4357). Am 6. 8. begann eine Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Programm-partei (BSPP) unter General Ne Win, in dessen Mittelpunkt wirtschaftliche Probleme, vor allem die kritische Lage auf dem Reismarkt, standen (R. Rangun 6. 8. FE 4368). Der Generalsekretär der illegalen KP, Thakin Sui, wurde am 11. 9. von einem Sondergericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt (NZZ 13. 9.).

Wirtschaft Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion im Shan-Staat werden 8 Bewässerungsobjekte mit einem Kostenaufwand von 90 Mio. Kyat geplant (R. Rangun 3. 7. W 733). Das Ministerium für Landwirtschaft gab am 29. 6. bekannt, daß die Regierung in Abänderung eines Erlasses vom 27. 7. 1963 vom gleichen Tage an für 30 Jahre auf die Verstaatlichung von Gummipflanzungen verzichte (R. Rangun 29. 6. W 731). Die Ölproduktion des Landes wird auf 20 700 Barrels täglich geschätzt, womit Birma seinen Bedarf nahezu selbst decken kann (R. Rangun 28. 6. W 731). Der in einigen Gebieten aufgetretene Reismangel wurde von Ne Win u. a. auf die Zulassung des freien Reishandels wegen Verteilungsschwierigkeiten zurückgeführt; zwar sei jetzt fast überall Reis vorhanden, doch wären die Preise zu hoch, teilweise würde er auch von Händlern gehortet (R. Rangun 6. 8. FE 4368). Auf Grund dieser Erfahrung kündigte er für die nächste Ernte erneute staatliche Eingriffe an. Auf dem industriellen Sektor kam es zu einem Mangel an Rohstoffen, so daß diese importiert werden müssen, was jedoch wegen der fehlenden Devisen neue Schwierigkeiten schuf. Die Warenverteilung ist ein weiterer kritischer Punkt, da die Genossenschaften nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten (R. Rangun 10. 8. FE 4373). Am 18. 8. wurde ein weiterer Erlaß veröffentlicht, nach dem den Bürgern ab sofort erlaubt wurde, private Betriebe einzurichten, die nicht das sozialistische Wirtschaftssystem beeinträchtigten, wobei eine Liste von 204 erlaubten Betrieben veröffentlicht wurde (R. Rangun 19. 8. W 739). Diese Entscheidungen spiegeln die Erkenntnis wider, daß das bisherige sozialistische System allein mit den auftretenden Schwierigkeiten nicht fertig werden konnte und stellt gleichzeitig eine Abkehr vom radikalen Sozialismus dar. Es bleibt abzuwarten, ob ein produktives Zusammenwirken zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmungen tatsächlich die gewünschten Erfolge zeitigt. Nach dem Rundfunk der „Nationalen Vereinigten Befreiungsfront“ führte die „patriotische Befreiungsarmee“ 1971 30 Gefechte mit Regierungstruppen, 1972 80 und bis zum 7. 73 47; dabei sollen 925 Regierungssoldaten getötet, über 1100 verletzt worden sein, während auf der eigenen Seite 88 getötet und 92 verwundet wurden (National United Liberation Front Radio, 8. 7. FE 4342).

Äußeres Mit Bangla Desh wurde am 3. 8. ein Handelsabkommen nach Verhandlungen mit dessen Außenhandelsminister Kamaruzzaman in Rangun unterzeichnet (R. Dacca 4. 8. W 736). Von Japan erhält Birma eine Anleihe in Höhe von insgesamt 11,62 Mrd. Yen, wovon 4,62 Mrd. zum Ankauf von Waren aus Japan und 7 Mrd. zur Errichtung einer Raffinerie verwendet werden sollen (JAT 29. 7.). Mit den Niederlanden wurde am 30. 6. ein Abkommen über den gegenseitigen Zivilluftverkehr unterzeichnet (R. Rangun 1. 7. W 732).

2. Indonesien

Inneres Die Gefahr vor kommunistischer Subversion wird weiterhin als permanente Bedrohung der inneren Sicherheit hingestellt, „da Kommunisten nicht kapitulieren, sondern

nur Ebbe und Flut anerkennen“ (Antara 18. 7.). Gleichwohl wurden auf Anweisung von Präsident Suharto Mitte Juli eine Reihe von Anhängern Sukarnos freigelassen, unter ihnen der frühere Innenminister Sumarno, der stellv. Außenminister Gan's Harsono und der Luftwaffenchef Herlambang (NZZ 21. 7.). Am 30. 7. wurde das Verfahren gegen den früheren Sekretär des ZK der KPI in Djakarta im Zusammenhang mit dem Putsch von 1965 eröffnet (R. Djakarta 30. 7. FE 4361); er wurde am 14. 8. zu lebenslanger Haft verurteilt (Antara 14. 8.). Ebenfalls vor Gericht gestellt wurde der frühere Brigadegeneral der Polizei, R. S. Sutarto, wegen einer Beteiligung an dem Putsch (Antara 8. 8.); er wurde am 24. 9. zum Tode verurteilt (R. Djakarta 24. 9. FE 4408). Am 5. 8. kam es in Bandung als Folge eines Verkehrsunfalls zu Unruhen, die von „langhaarigen Jugendlichen“ ausgelöst wurden und eine Stellungnahme von Suharto veranlaßten (R. Djakarta 6. 8., Antara 7. 8. FE 4367, 68). Vom Gouverneur von Westjava wurde auch diese Auseinandersetzung auf die Aktivitäten der PKI zurückgeführt (R. Djakarta 9. 8. FE 4370, 73). Letzlich sind die unermüdlichen Warnungen vor dem Kommunismus Teil der Sicherheitspolitik Suhartos, der für die Zukunft mit einer Zunahme der kommunistischen Infiltrationstätigkeit infolge der Entspannungspolitik der Großmächte rechnet (FAZ 15. 8.). Am 16. 8. wurde von Präsident Suharto die Parlamentssitzung eröffnet. In seiner Eröffnungsansprache nannte er die fünf wichtigsten Ziele der Politik: 1. Eine ausreichende Versorgung an Nahrungsmitteln und Kleidung von guter Qualität und einem Preis, der für die breite Volksmasse erschwinglich ist; 2. Eine ausreichende Versorgung an Baumaterialien und anderer notwendiger Geräte, um die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu erfüllen; 3. Eine sich stets ausweitende und verbessernde Infrastruktur; 4. Eine bessere und weiter verbreitete Volkswohlfahrt sowie 5. Bessere Arbeitsbedingungen. Im nächsten Fünf-Jahres-Plan (Repelita), der 1974 beginnt, soll das GNP um 7–8% angehoben werden, eine Exportsteigerung von jährlich 10% bei Erdöl, Holz und Bergbauprodukten sowie eine Verdoppelung der Kapitalinvestitionen. Innenpolitisch kündigte er verschärfte Maßnahmen gegen die kommunistische Guerillatätigkeit vor allem in Westkalimantan an. Für die Außenpolitik wurde die Bedeutung der Blockfreiheit unter den bündnisfreien Nationen hervorgehoben (R. Djakarta 16. 8. FE 4381, 82, 83). Am 4. 9. begann der erste Golkar-Kongreß in Surabaya, der von Suharto eröffnet wurde, der die politischen Parteien aufforderte, den „Geist der neuen Ordnung“ in Grundanschauungen zu entwickeln und selbst mit eigenem Beispiel voranzugehen, da die Bekenntnis allein, das Volk zu vertreten, nicht ausreichend sei. Im einzelnen attackierte er damit die Machtkämpfe um Positionen sowie das skrupellose Vorgehen vieler Politiker in der Vergangenheit (Antara 5. 9., R. Djakarta 4. 9. FE 4392). Der Kongreß wurde am 10. 9. beendet. Das Familienplanungsprogramm ist nach Ansicht der Vorsitzenden Frau E. Sri Hartati gefährdet, da die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für Schwangerschaftsunterbrechungen bisher nicht vorliegen (Antara 13. 7.). Ein neues Ehegesetz wird derzeit vom Parlament beraten und soll Ende des Jahres verabschiedet werden; es basiert auf der Monogamie, wird jedoch unter gewissen Voraussetzungen die Polygamie nicht verbieten (Antara 19. 7. FE 4357). Die Frauenverbände begrüßten, daß das Gesetz die Gleichheit aller zugrunde lege, ohne die religiösen Werte und Prinzipien zu beeinträchtigen (R. Djakarta 27. 9. FE 4412). Die Streitkräfte stehen vor einem Schrumpfungprozeß: Die Luftwaffe soll bis 1978 von 33 000 auf 20 000 Mann reduziert werden, das Marine-Corps von 16 000 auf 5000, bei gleichzeitiger Steigerung der Schlag- und Wirkungskraft. Die Marine soll von 44 000 auf 30 000 reduziert werden (Antara 31. 7. FE 4363). Das Verteidigungskommando der Luftwaffe wurde am 25. 8. aufgelöst und in das nationale Verteidigungskommando integriert (R. Djakarta 23. 8. FE 4384). Am 5. 9. wurde Generalmajor K. Nasution Generalinspektor des Informationswesens; er löste den zum Verteidigungsminister übergewechselten Brigadegeneral S. Trojomiseno ab (Antara 5. 9. FE 4393). (Zur Situation in Sarawak s. NZZ 9. 9.).

Wirtschaft Mohammed Hatta, „Vater der Genossenschaften“ und früherer Vizepräsident, äußerte sich über die Entwicklung der Genossenschaften besorgt, da die dörflichen Unternehmenseinheiten (Bouds) versagt hätten (Antara 9. 7.). Zum gleichen Thema meinte Generalmajor S. Humardani, der pers. Assistent des Präsidenten, daß die Genossenschaftsentwicklung auf die Landgebiete konzentriert werden sollte, da die Landbevölkerung die wirtschaftlich schwächste Gruppe bilde (Antara 10. 7.). Hatta selbst erklärte vor dem 9. Kongreß der indonesischen Genossenschaftsvereinigung am 12. 7., daß die Regierung bemüht sei, die Fehler der Vergangenheit auszumerzen. Während des 2. Fünf-Jahres-Plans vom April 1974 an sollen die Produktionssteigerung und die Ausweitung des Arbeitsmarktes aufeinander

abgestimmt werden (Antara 13. 7. FE 4347). Am 3. 7. wurde ein zeitlich begrenztes Verbot des Exportes von Mais und verwandter Produkte erlassen; die Maßnahme soll der Knappheit auf dem Ernährungsmittelmarkt begegnen. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Reisanbau in West-, Zentral- und Ostjava sowie Südsulawesi zu intensivieren. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung aufgefordert, weniger Reis zu verbrauchen, wobei die Schuld an der gegenwärtigen Misere einer Trockenheit gegeben wurde (Antara 5. 7. W 732). Tatsächlich scheint die Reiskrise ein komplexes Ergebnis wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art zu sein. Zwar hatte die Regierung mit dem Aufkauf von Reis zur Bildung von Reserven frühzeitig begonnen, doch war das staatliche Plansoll von 900 000 t nicht erreicht worden. Für das Scheitern sind schlechte Planung und unvollkommene Durchführung verantwortlich, ebenso wie der mangelhafte Verwaltungsapparat. Außerdem boten private Aufkäufer, meist Chinesen, höhere Preise, womit gleichzeitig dem Argument Nahrung gegeben wurde, daß die chinesische Minderheit „Sabotage am nationalen Aufbau“ betreibt. Die Anfang Juli beschlossenen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise kamen eine Wiederherstellung des freien Marktes gleich; außerdem bemühte sich die Regierung, Reis aus dem Ausland zu importieren, wobei sich überraschenderweise die VR China bereit erklärte, 50 000 t zu liefern (NZZ 12. 8.). Nach Arbeitsminister Subroto wird Indonesien am Ende des 2. Fünf-Jahres-Planes eine Zuwachsrate von 1 Mio. Arbeitskräften jährlich haben. Um dieser steigenden Arbeitskraft gerecht zu werden, laufen verschiedene Programme, darunter die Intensivierung der Arbeitsprojekte, das Projekt der freiwilligen Arbeiter etc. (R. Djakarta 21. 9. W 743). Derzeit werden ca. 40 Mio. Arbeitnehmer gezählt, von denen 3,2 Mio. eine regelmäßige Beschäftigung mit sozialer Sicherheit haben (R. Djakarta 7. 9. W 741). Mitte Juli wurden offizielle Angaben über die Geldproduktion des Landes bekannt: Sie betrug 1967 240 kg (Importe 1198), 1968 185 (2219), 1969 256 (1938), 1970 236 (337), 1971 330 (2106), 1972 339 (2330) (Antara 18. 7. W 734). Die Ölproduktion betrug in den ersten fünf Monaten des Jahres 1973 188,5 Mio. Barrels; 1972 waren es 1,0874 Mio. täglich (Antara 30. 8. W 741). Die Inflationsrate betrug während der ersten acht Monate 1973 ca. 13,4⁹/₁₀, gegenüber 25,5⁹/₁₀ im Vorjahr (SCMP 7. 9.).

Äußeres/Allgemein: Am 11. 7. bewilligte die IDA einen Kredit von 15 Mio. US-\$ zum Ausbau der Zuckerindustrie, in dessen Rahmen 9 Zuckerfabriken auf Java gebaut werden wollen. Die erwartete Produktionserhöhung soll bis 1978 die bisher notwendigen Importe um 190 000 t jährlich vermindern (Antara 11. 7.). Außenminister Malik erklärte am 17. 8., daß Indonesien keinen Einwand mehr gegen die Schaffung einer neuen regionalen Organisation, in der auch die Großmächte wie Indien und China vertreten sind, habe (ASP 17. 8.). Der Außenhandel Indonesiens betrug 1972 3,5 Mrd. \$ gegenüber 2,7 1971. Die Exporte stiegen von 1,4 Mrd. \$ auf 1,9, die Importe von 1,3 auf 1,6 Mrd. an. Die Handelsbilanz betrug 1972 259 Mrd, 1971 nur 90 Mrd. \$ (JAT 3. 9.). **Asien:** Vom 7.–30. 6. besuchte Handelsminister R. Prawero Thailand, Japan, die Philippinen und Südkorea um Reis, Kunstdünger, Zement und Eisenerz für das Finanzjahr 1973/74 einzukaufen (Antara 4. 7. W 732). Vom 4.–6. 7. traf sich das gemeinsame malaysisch-indonesische Grenzkomitee, um die Anstrengungen im Kampf gegen kommunistische Terroristen zu intensivieren (R. Djakarta 6. 7. FE 4341). Zwischen Indonesien, Malaysia und Thailand wurde am 16. 7. eine Note bezüglich des Austausches der Ratifizierungsurkunden über ihr Abkommen über den Kontinental-Shelf ausgetauscht (R. Kuala Lumpur 16. 7. FE 4349). Den Anspruch der Philippinen auf die Insel Aurora und Palmas hat Indonesien erneut zurückgewiesen (SCMP 1. 9.). Mit Japan wurden mehrere Anleihabkommen für 6 Erdölprojekte in einem Gesamtwert von 2,983 158 Mrd. Yen unterzeichnet (Antara 5. 7. W 744). Am 25. 7. wurde der Abschluß eines formalen Abkommens über ein japanisches Hilfsprogramm in Höhe von 47,7 Mrd. Yen bekannt, wovon 17 Mrd. als Devisenkredite und 30,7 als Projekthilfe vorgesehen sind (SCMP 26. 7.). Das private Fischereiabkommen zwischen beiden Staaten, das eine Begrenzung der Thunfischfangquoten für Japan vorsieht, wurde um 2 Jahre verlängert (JAT 28. 7.). Am 4. 9. wurde ein mit japanischer Hilfe gebautes Wasserkraftwerk in Ostjava mit einer Kapazität von 70 000 kW eingeweiht (JAT 5. 9.). Die Bemühungen um eine friedliche Wiedervereinigung Koreas werden von Präsident Suharto unterstützt (Antara 26. 7.). Die Exilregierung Kambodschas wird von Indonesien nicht anerkannt, da dieses nur die rechtmäßige Regierung in Phnom Penh anerkenne, ungeachtet von welchen Führern diese bestimmt wird (R. Djakarta 13. 7. FE 4347). Die Frage einer Aufnahme von Tausenden von Chinesen, die in der Vergangenheit für eine Auswanderung optierten und nunmehr zurückkehren wollen, soll nach Außenminister Malik

nach einer Normalisierung der Beziehungen zur VR China beraten werden. Ausnahmen werden vorbehaltlich einer Klärung durch die Sicherheitsbehörden nur für diejenigen gemacht, die wegen Kapitalinvestitionen zurückkehren wollen (CMP 21. 7., 14. 8.). **Naher Osten und Afrika:** Der jüngere Bruder des Schah von Persien, Prinz Gholam, hielt sich zu einem vierzehntägigen Besuch in Indonesien auf (Antara 13. 8. FE 4373). Am 4. 9. traf ein Sonderbotschafter von Algeriens Präsident Boumedienne in Djakarta ein, um Präsident Suharto zur Teilnahme am Gipfeltreffen der Blockfreien einzuladen (AFP 11. 8.); bekanntlich leistete Suharto dieser Einladung nicht Folge. **Amerika:** Von Mitte 1978 wird die Pertamina mit dem Export von 550 Mrd. cubic feet von Naturgas in die USA beginnen; ein entsprechendes Abkommen wurde am 6. 9. unterzeichnet (Antara 7. 9. W 742). **Europa:** Mit Belgien wurde am 29. 8. ein Abkommen über technische Hilfe im Werte von 1,09 Mio. US-\$ für die Entwicklung des Bergbaus unterzeichnet (Antara 31. 8. W 742). Die Niederlande gewährte eine Anleihe in Höhe von 75 Mio. Gulden für 1973/74 unter dem Hilfsprogramm der IGGI (12,5% Zins, 8 Jahre Aufschub, Rückzahlfrist 30 Jahre) (R. Djakarta 19. 9. W 743). Mit Großbritannien wurde am 28. 6. ein Abkommen über den Zivilluftverkehr unterzeichnet (Antara 29. 6. W 741). Der Außenminister der Türkei, Huluk Bayulken, traf am 13. 8. zu einem offiziellen Besuch in Djakarta ein, wo er am 18. 8. mit Malik ein Kulturabkommen unterzeichnete. Am gleichen Tag wurde auch ein Freundschaftsabkommen unterzeichnet, außerdem sollen Schritte über die Erweiterung der bilateralen Wirtschaftskontakte und die Möglichkeit für ein Luftverkehrsabkommen geprüft werden (R. Djakarta 18. 8. JAT 21. 8., NZZ 22. 8.). Mit der Bundesrepublik wird eine Kooperation auf dem atomaren Sektor geplant, wozu bis Ende des Jahres ein Abkommen über die Erforschung radioaktiven Materials in Westsumatra unterzeichnet werden soll (Antara 31. 8. W 742). Ein deutsch-indonesisches Team erarbeitete außerdem den Plan zur Verbesserung des Transportsystems in Djakarta (Antara 5. 9.).

3. Kambodscha

In einem am 19. 7. veröffentlichten Weißbuch wurde Nordvietnam beschuldigt, Art. 20 des Pariser Abkommens verletzt zu haben, da es seit Mai zwei neue Divisionen nach Kambodscha entsandt habe. Nach kambodschanischen Angaben betrug die Stärke der Truppen Nordvietnams in Kambodscha zum Zeitpunkt des Abschlusses des Waffenstillstandsabkommens im Januar 26 000 Mann, im März waren es 45 000 und derzeit über 70 000. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, daß die kommunistischen Streitkräfte in den letzten Jahren Hilfstruppen in kontrollierten Gebieten mit Gewalt rekrutiert hätten (NZZ 21. 7.). Die Bombenangriffe der Luftwaffe der USA wurden bis 15. 8. fortgesetzt; doch trotz örtlicher Erfolge der Regierungstruppen rückten die Kommunisten schließlich bis auf wenige Kilometer auf die Hauptstadt vor. Die internationalen Verbindungen zu Phnom Penh wurden unterbrochen, die Sendestationen teilweise zerstört, teilweise wurde mit der Evakuierung der Stadt bereits begonnen (vgl. im einzelnen NZZ 25. 7., FAZ 26. 7., NZZ 31. 7., FAZ 4., 23. 8., NZZ 10., 11., 12., 15. 8.). US-Statistiken zufolge wurden vom 28. 1.—11. 8. 73 240 000 t Bomben über Kambodscha abgeworfen, die einen Kostenaufwand von 423 Mio. \$ erforderten. In diesem Zeitraum wurden 27 626 taktische und 7784 strategische Einsätze von der Luftwaffe geflogen. Seit dem Vietnam-Abkommen verloren die USA neun Flugzeuge. Von den Besatzungsmitgliedern erlitten 14 den Tod, 4 werden vermißt. Die Zahl von 240 000 t Bomben übersteigt die während des Zweiten Weltkrieges über Japan abgeworfenen Bomben um ca. 50% (NZZ 17. 8.). Präsident Nixon gab am 20. 8. erstmals zu, daß auf seine Anordnung hin bereits im Februar 1969 geheime Luftangriffe auf nordvietnamesische Truppen in Kambodscha entlang der Grenze nach Südvietnam geflogen wurden (FAZ 22. 8.). Prinz Sihanouk wies die Angabe Nixons, daß er damals an der Spitze seiner (neutralen) Regierung davon gewußt habe, zurück, räumte aber ein, daß Mitglieder der Regierung ihre Einwilligung gegeben haben könnten (NZZ 23. 8.). Zum Erstaunen vieler Beobachter setzte nach der Beendigung des Bombardements am 15. 8. der Sturm auf die Hauptstadt nicht ein, zogen sich die Roten Khmer statt dessen zurück, konnte Kambodscha offensichtliche Erfolge im Kampf gegen sie erzielen (SZ 24., 30. 8., FAZ 29. 8.). Hart umstritten wurde die Provinzstadt Kompong Cham, wobei es auf beiden Seiten ca. 3000 Tote gegeben haben soll (FAZ 29. 9.). Als Grund für diese Entwicklung werden sowohl Nachschubschwierigkeiten auf seiten der Roten Khmer als auch Meinungsschwierigkeiten untereinander angegeben. In jedem Fall war damit die Chance einer sofortigen Eroberung zumindest

bis zur nächsten Trockenzeit (um die Jahreswende) vergeben, so daß neben der militärischen Entscheidung die Verhandlungslösung wieder möglich erschien (NZZ 27. 9.). Nach Angaben des Informationsministers Sum Chhum vom 13. 8., wurden die Kontakte mit den Roten Khmer stets aufrechterhalten, und war Kambodscha selbst auch immer zu Verhandlungen bereit, ohne daß es jedoch bisher zu konkreten Ergebnissen gekommen sei (R. Phnom Penh 13. 8. FE 4373). Am 27. 8. sandte Sirik Matak einen offenen Brief an Prinz Sihanouk, in dem er ihn zur Rückkehr nach Phnom Penh aufforderte und ihm seinen Meinungswechsel im Hinblick auf die Roten Khmer sowie seinen Aufenthalt in Peking vorwarf, was eine Beeinträchtigung seiner Unabhängigkeit darstelle, da China alles für ihn zahle, einschließlich der Reisen (R. Phnom Penh 27. 8. FE 4384). Am 24. 9. wurde das Angebot der Regierung zu politischen Gesprächen über eine Lösung der Kambodschafrage an Prinz Sihanouk erneuert, wobei er feststellte, daß es zwischen den Roten Khmer und den Nordvietnamesen Meinungsverschiedenheiten gebe (R. Phnom Penh 24. 9.).

Die Beschuldigung des Roten Khmer, Israel würde Kambodscha Militärhilfe leisten, wurde von diesem zurückgewiesen (AKI 11. 7. FE 4347, R. Jerusalem 5. 7.). Südvietnam dementierte Berichte, nach denen es angeblich 10 000 Soldaten zur Unterstützung nach Kambodscha entsandt habe (NZZ 18. 8.), während Nordvietnam alle im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Weißbuches erhobenen Anschuldigungen als Verleumdung zurückwies (VNA 21. 7. FE 4354). Außenminister Long Boret besuchte Anfang August Indonesien, wobei er betonte, daß er nicht mit speziellen Forderungen oder Wünschen im Hinblick auf die Kambodschafrage gekommen sei (R. Phnom Penh 3. 8., Antara 3. 8. FE 4365). Mit den USA wurde am 25. 7. ein neues Wirtschaftshilfeabkommen in einem Umfang von 24,6 Mio. \$ unterzeichnet. Die US-Hilfe beträgt seit 1971 252,6 Mio. \$, die Militärhilfe für 1973 ca. 220 Mio. (JAT 26. 7.).

4. Königreich Kambodscha (Exilregierung Sihanouk)

Am 6. 7. dementierte die „Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha“ (GRNUK) alle Gerüchte, denen zufolge sie bereit seien, die Gründung einer nationalen Unionsregierung in Kambodscha zu akzeptieren (AKI 11. 7. FE 4345). Zum 6-Punkte-Vorschlag der Regierung in Phnom Penh vom 6. 7. (FE 4342) erklärte das Propagandaministerium am 10. 7., daß es mit den „Verrätern . . . keine Übereinstimmung, keine Verhandlungen und keine Versöhnung“ geben könne (AKI 12. 7. FE 4346). In seiner 43. Botschaft an die Nation erklärte Sihanouk seinen unversöhnlichen Widerstand gegen die Regierung in Phnom Penh, forderte die USA auf, ihre Unterstützung unmittelbar einzustellen, und forderte alle anderen Staaten auf, für den Frieden in Kambodscha einzutreten (NCNA 16. 7. FE 4349). Ein weiteres Dementi bezüglich von Verhandlungen mit Phnom Penh erfolgte am 16. 7. (AKI 18. 7. FE 4352). In seiner 44. Botschaft wandte sich Sihanouk an alle Beamten und Funktionäre der Regierung Phnom Penh und forderte sie zur Kapitulation bzw. zum Überlaufen auf (NCNA 20. 7. FE 4353). Vom 19.–21. 7. wurde der erste „Nationalkongreß“ abgehalten, auf dem sämtliche Gruppierungen und ohne religiöse Diskriminierung“ (Stimme der NUFC 23. 7. FE 4355, FAZ 28. 7.). Am 26. 7. folgte eine „feierliche Erklärung“ der Regierung, wonach die Einahme Phnom Penhs und die strenge Bestrafung der Regierung Lon Nol als Ziel genannt wurde (JAT 28. 7.). Als Zeichen der Zuversicht über den Ausgang der Kämpfe ist eine Telegramm Sihanouks vom 10. 8. anzusehen, in dem er die Botschaften in Phnom Penh aufforderte, wegen der bevorstehenden Übernahme der Stadt zu schließen (NCNA 11. 8. FE 4371). Vor dem Hintergrund dieser Zuversicht und dem tatsächlichen Verlauf des Kampfes um Phnom Penh gewinnen Gerüchte an Bedeutung, die von den USA bestätigt wurden, nach denen die Roten Khmer im Zuge ihrer Auseinandersetzung mit Nordvietnam innerhalb Kambodschas gegen Nordvietnamesen kämpfen würden (FAZ 28. 8.). Auch ein erneuter Aufruf Sihanouks aus Peking am 27. 8., „Phnom Penh um jeden Preis zu erobern“, bestätigte diese Entwicklung eher (NCNA 27. 8. FE 4384), ebenso wie die „Sonderbotschaft“ Sihanouks an die Truppen Lon Nols ihre Regierung zu verlassen, bevor es „zu spät ist“ (NCNA 2. 9. FE 4389). Kontakte mit der Regierung Phnom Penh dagegen wurden neuerlich bestritten (NCNA 30. 8. FE 4387, AKI 5. 9. FE 4392).

Außenbeziehungen Der diplomatische Feldzug Sihanouks für eine Anerkennung seiner Regierung als „einzig rechtmäßige“ hält an. Neben Telegrammen an Nachrichtenagenturen oder einzelne Politiker mit der Aufforderung, die Beziehungen zu Lon Nol abzubrechen (NZZ 13. 8.), ist Sihanouk selbst nach wie vor unterwegs, um Unterstützung für seine Sache zu werben. Beispielsweise nahm er auch an der Spitze einer Delegation auf der Konferenz der Blockfreien in Algier teil (NCNA 3. 9.). Nach einem Besuch in afrikanischen und europäischen Ländern traf Sihanouk am 3. 7. wieder in der VR China ein (NCNA 3. 7.), um kurz darauf zu einem offiziellen Besuch nach Nordkorea weiterzureisen (KCNA 26. 7. FE 4357, 58, 72). Enttäuscht über die Haltung Indonesiens, Malaysias und Singapurs auf der Konferenz in Algier sowie die mangelnde Hilfe Hanois, bot Sihanouk Ende September Thailand Freundschaft an – auf den Prinzipien gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen (Bangkok Post 29. 9.). Das Angebot Indonesiens als Vermittler zwischen Phnom Penh und Sihanouk aufzutreten, wurde von Sihanouk zurückgewiesen (KCNA 6. 8. FE 4367). Ebenfalls abgelehnt wurde von Sihanouk die Möglichkeit zu einem persönlichen Treffen mit Henry Kissinger (NZZ 7. 7.). Eine Anzahl von Staaten anerkannte Sihanouks Regierung im Berichtszeitraum an: Guayana (5. 9.), die Vereinigten Arabischen Imirate (8. 9.), Tunesien (12. 9.), Obervolta (12. 7.), Zaire und Uganda (10. 9.), Malta (15. 8.), Togo (14. 8.) sowie Gambia (7. 7.).

5. Laos

Die Gespräche zwischen den Vertretern der Pathet Lao und der Regierung in Vientiane wurden im Juli und auch August fortgesetzt, ohne daß es jedoch zu konkreten Ergebnissen kam (vgl. FE 4342, 44, 52, 57). Nachdem bereits am 28. 7. ein vorläufiges Abkommen über eine Koalitionsregierung erreicht worden sein sollte (R. Paris 29. 7. FE 4360), in der Neutralisten und Kommunisten gleich stark vertreten sein sollten, und eine Unterzeichnung unmittelbar bevorzustehen schien (AFP 29. 7., FAZ, NZZ 30. 7.), doch wurde dann eine rasche Unterzeichnung dementiert (FAZ 31. 7., NZZ 1. 8.) und die Verhandlungen fortgesetzt (FE 4364, 65, 69, 74, 75, 77). Nachdem bereits Mitte Juli Gerüchte von einem bevorstehenden Putsch bekannt geworden waren, bedrohte ein am 20. 8. erfolgter Putschversuch unter der Leitung des in Bangkok im Exil lebenden rechtsgerichteten Generals Thao Ma der Einigung zwischen beiden Seiten zuvorzukommen. Der Putsch konnte jedoch zurückgeschlagen werden (FE 4374, 78, 79, MD 21. 8., NZZ 21., FAZ 22. 8.). Das Interesse an der Einigung auch seitens des Pathet Lao wurde dabei nicht zuletzt durch die Glückwünsche von Phoumi Vongvichit an Prinz Souvanna Phouma dazu, daß er den Putsch niederschlagen konnte, mehr als deutlich (FE 4380). Auch die UdSSR begrüßte die Niederschlagung des Putsches (Prawda 22. 8.), während es in Laos selbst zu einer Reihe von Hinrichtungen kam (FAZ, NZZ 22. 8.). Nach neuerlichen Auseinandersetzungen über den Vertrag (FE 4382, R. Pathet Lao 4. 9., FE 4391, FAZ 12. 9.) wurde am 12. 9. das Protokoll zum Friedensabkommen paraphiert. Es setzt sich aus 9 Abschnitten und 28 Artikeln zusammen, die die Details für die Durchführung des von beiden Seiten am 21. 2. unterzeichneten Vertrages spezifizieren (Text FE 4400). Im einzelnen wird darin festgelegt, daß innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung sämtliche ausländische Truppen aus Laos abgezogen werden müssen; davon sind ca. 200 US-Militärberater, ca. 17 000 Söldner aus Thailand und 40 000 Nordvietnamesen betroffen. Der Weg für die neue Vereinbarung wurde frei, nachdem die UdSSR zugesagt hatte, Souvanna Phouma zu unterstützen und nicht mehr einseitig für die Pathet Lao Partei zu ergreifen. Außerdem hat sich die kommunistische Seite damit einverstanden erklärt, daß im Falle der Abwesenheit oder Erkrankung Souvanna Phoumas durch Kabinettsbeschlüsse regiert werden soll. Wichtige Konzessionen der Pathet Lao sind weiter der Verzicht auf die Forderung nach gleichberechtigter Kontrolle wichtiger Einrichtungen in Vientiane wie die des Flughafens und der Brennstoffdepots. Außerdem sollen die Pathet Lao in der Frage der Machtbefugnis des politischen Konsultativrates, der aus je 16 Mitgliedern beider Seiten und 10 Neutralisten zusammengesetzt ist, nachgegeben haben. Der Rat soll nur beratende Funktionen und keinerlei politische Macht ausüben (NZZ 14. 9., FAZ 15. 9.). Ähnlich wie in Vietnam trat jedoch auch nach der Unterzeichnung noch keine sofortige Waffenruhe ein (NZZ 20. 9.). Da sich jedoch auch die einzelnen Führer der Pathet Lao hinter das Abkommen stellten (NCNA 23. 9. FE 4404), besteht Aussicht, daß sich nach anfänglichen Schwierigkeiten eine Beruhigung der innerlaotischen Verhältnisse ergeben

wird. Allerdings drohen nach dem Ende des Krieges Versorgungskrisen, da die Lebenshaltungskosten, vor allem für Reis, schnell steigen (R. Vientiane 30. 7. FE 4301).

6. Malaysia

Inneres Die Unruhen in Sarawak scheinen anzuhalten. Seit Januar wurden insgesamt 69 Terroristen getötet (R. Kuala Lumpur 30. 7. FE 4361). Innenminister Tun Ismail kritisierte „gewisse Gruppierungen“, die versuchten, das Vertrauen des Volkes in die Regierung zu unterminieren, wobei er besonders die Jugend aufrief, beim Aufbau der Nation mitzuwirken (R. Kuala Lumpur 2. 8. FE 4364). Am 2. 8. erlag Tun Ismail einem Herzschlag (NZZ 4. 8.). In der folgenden Regierungsumbildung wurde Datuk Haji Hussein Onn zum stellv. Ministerpräsidenten sowie zum Handels- und Industrieminister ernannt, das Innenministerium übernahm Tan Sri Ghaza, der außerdem das Informationsministerium beibehielt. Verteidigungsminister wurde Datuk Hamzah Bin Haji Abu Sama, Minister für Jugend, Kultur und Sport wurde Ali Haji Ahmad (R. Kuala Lumpur 13. 8. FE 4373, NZZ 15. 8.). Zur effektiveren Bekämpfung der subversiven Aktivitäten in den Grenzgebieten sollen die freiwilligen Einheiten Malaysias (Ikatan Relawan Rakyat) bewaffnet werden (R. Kuala Lumpur 13. 8. FE 4373).

Wirtschaft Die Wirtschaft des Landes befindet sich seit Ende 1972 im Aufschwung; ihre Ursache ist im Anstieg der Preise für Kautschuk, Palmöl, Holz und Kakao zu sehen. 1972 betrug die Wachstumsrate 6,1%, die industrielle Erzeugung stieg um 12%, während der öffentliche Sektor mit 21% die größte Zuwachsrate hatte. Die Exporte Westmalaysias betrugen 1972 4033,6 Mio. mal. \$, denen Importe von 3813,1 Mio. gegenüberstanden, woraus sich ein Aktivsaldo von 220,5 Mio. \$ ergibt (511,5 im Vorjahr). Die Importe stiegen gegenüber 1971 um 26%, die Exporte um 4%. Hauptexportprodukte waren der Kautschuk mit 31,2%, Zinn (22,9%), Palmöl (8,4%) und Holz (8,3%). Ein Drittel des Außenhandels wird über Singapur abgewickelt, wichtigster Außenhandelspartner waren Japan, die USA und Großbritannien (FAZ 3. 9., NZZ 5. 9.). In den Gewässern der Ostküste von Malaya, 100 Meilen von Kuantan entfernt, wurden reichhaltige Ölvorkommen entdeckt, die eine Tagesproduktion von 6000 Faß Rohöl und 11 Mio. m³ Gas versprechen. Im Kuantan wird bereits mit einem Kostenaufwand von 100 Mio. US-\$ ein neuer Hafen gebaut, der auch für Tanker geeignet sein soll (NZZ 4. 7.).

Äußeres/Asien: Die Abgrenzung gegenüber Singapur wurde weiter vorangetrieben; nach der Aufhebung der Währungseinheit wurden auch die gemeinsamen Wertpapierbörsen in Singapur und Kuala Lumpur abgeschafft. Exportgeschäfte müssen künftig über malaysische Banken abgewickelt werden. Durch den Ausbau von Häfen soll der Transitverkehr über Singapur eingeschränkt werden (FAZ 24. 9.). Im Hinblick auf ein von der UdSSR vorgeschlagenes asiatisches Sicherheitssystem erklärte Tun Abdul Razak, daß die Regierung zunächst ihre Anstrengungen auf die Sicherheit Südostasiens richten wolle (R. Kuala Lumpur 23. 7. FE 4355). Eine Parlamentarierdelegation hält sich Mitte August in Indonesien zu einer Diskussion wirtschaftlicher Probleme auf (vgl. auch Indonesien). Verteidigungsminister D. H. Hamzah besuchte Mitte August Thailand und wurde dabei auch von Premier Kittikhachorn empfangen (R. Bangkok 16. 8. FE 4377). Über 97% des Handels mit der VR China wird nunmehr direkt geführt; früher wurde er über Singapur und Hongkong abgewickelt (R. Kuala Lumpur 28. 8. W 741). Eine Ausschreibung des Erziehungsministeriums für 5000 im Schuldienst einzusetzende Fernseher wurde von einer japanischen Firma gewonnen (JAT 17. 7.). In Sarawak soll zusammen mit der Mitsubishi Co. Japans ein Naturgaswerk im Werte von 892 Mio. \$ gebaut werden. Die Produktionsaufnahme ist für 1976/77 bei einer jährlichen Leistung von 5,2 Mio. t Naturgas geplant (JAT 25. 7.). Vom 26.–28. 7. hielt sich Premier Razak zu einem inoffiziellen Besuch in Tokyo auf. In Verhandlungen mit Premier Tanaka wurde Übereinstimmung über die Nutzung des zwei Jahre alten 1-Mio.-Dollar-Kredits Japans erzielt; er soll für den Kauf von 2 Palmöltankern verwendet werden, ein anderer Teil des Kredits wird zum Ausbau des Hafens von Johore und zur Finanzierung eines neuen Wasserkraftwerkes verwendet (JAT 28. 7.). In der Produktion von synthetischem Kautschuk wird eine Gefährdung für Malaysias Markt gesehen, da der größte Teil der Produktion für den Export hergestellt wird. Japan ist nach Malaysia zweitgrößter Hersteller mit 847 000 t (1972), von denen 245 000 t exportiert wurden (JAT 28. 8.). **Sonstige:** Der Außenminister der Türkei, Bayulken, hielt sich am 20. 8. zu Gesprächen mit Premier Razak in Kuala Lumpur (AFP 20. 8.). Mit

Rumänien wurde ein Abkommen über einen gemeinsamen Bauholz-Komplex am 6. 9. unterzeichnet (R. Kuala Lumpur 6. 9. W 742).

7. Philippinen

Inneres Am 27. 7. entschied die Bevölkerung in einem Referendum über die Verlängerung der Amtsperiode von Präsident Marcos auf unbestimmte Zeit, wozu vom 23.–28. 7. das geltende Kriegsrecht aufgehoben wurde (R. Manila 23. 7. FE 4355). Die Volksabstimmung brachte mit 91% aller abgegebenen Stimmen (d. h. 18 052 016 von 19 908 860 Wählern) einen Erfolg für Präsident Marcos. Nur 1 856 744 Wähler stimmten dagegen (NZZ 4. 8.). In einer ersten Rede nach den Wahlen führte Marcos zur Sicherheit aus, daß die meisten der 145 Privatarmeen, die bisher bestanden hatten, aufgelöst seien und daß von den über 116 gesetzbrechenden Banden nur noch einige auf Mindanao und Sulu bestehen würden, was von Marcos auf seine Amtsführung zurückgeführt wurde (R. Manila 8. 8. FE 4369). Am 6. 8. trat das Kabinett zurück, um Präsident Marcos die Neubildung der Regierung zu ermöglichen; Marcos kündigte gleichzeitig eine Reihe von Säuberungen an, um die auf allen Ebenen der Verwaltung herrschende Korruption zu bekämpfen (NZZ 8. 8.). Ende September gab Marcos eine Kampagne zur „moralischen Regeneration“ des Volkes bekannt, die sich auf alle Aspekte der von ihm geplanten „neuen Gesellschaft“ erstrecken soll (R. Manila 24. 9. FE 4408). Am 21. 9. wurde die Entlassung von 700 Personen bekannt, die nach der Verhängung des Ausnahmezustandes vor einem Jahr interniert worden waren; insgesamt sollen 8000 Personen inhaftiert worden sein (NZZ 26. 9.) (vgl. NZZ 1. 7.).

Wirtschaft Am 2. 7. wurde von Marcos das Budget für das Fiskaljahr 73/74 in Höhe von 8 Mrd. Pesos unterzeichnet, 3 Mrd. mehr als im Vorjahr. Der Hauptanteil soll für die Landwirtschaft, den öffentlichen Dienst und die Entwicklung und Erziehung der Arbeitskräfte verwendet werden (SCMP 3. 7.); die Devisenreserven betragen am 26. 6. über 1 Mrd. US-\$ (SCMP 2. 7.). Für die erste Hälfte 1973 zeichnet sich ein starker Anstieg der Wirtschaft ab, die ausländischen Kapitalmittel erreichten eine Rekordhöhe von 1,019 Mrd. US-\$ (SCMP 16. 7.). Im Rahmen eines Programmes der „nationalen Entwicklung“ versprach Marcos den handwerklichen Betrieben des Landes eine besondere Förderung (R. Manila 13. 7. W 734). Am 1. 8. billigte er den Plan zur Errichtung eines Atomkraftwerkes, der durch das Entwicklungsprogramm der UNO vorbereitet wird. Die Kosten sind auf 250 Mio. US-\$ veranschlagt, Bauzeit 9 Jahre (SCMP 2. 8.). Am 8. 8. wurde auf Anordnung von Marcos von der Armee die Kontrolle über sämtliche Getreidelager des Staates übernommen, um damit der Spekulation Einhalt zu gebieten. Die Festnahme aller Personen und Händler, die Getreide horten, Preise manipulieren oder am schwarzen Markt handeln, ist vorgesehen. Außerdem werden 20% der Kokosnußproduktion und 35% der von Zucker überwacht. Marcos bestätigte die herrschende Reisknappheit und bezeichnete die Knappheit von Kokos und Zucker als Ergebnis von Manipulationen (NZZ 10. 8.). Parallel dazu wurde ein Vertrag mit Thailand über die Lieferung von 14 000 t Reis vereinbart (R. Manila 7. 8. W 737). Die Reirationierung wurde am 13. 8. angeordnet (R. Manila 15. 8. FE 4375).

Äußeres/Allgemein Eine von der islamischen Außenministerkonferenz mit dem Auftrag entsandte Delegation, Berichten über einen angeblichen Völkermord an philippinischen Moslems nachzugehen, kam zu der Erkenntnis, daß die gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe jeder Wahrheit entbehren (SZ 21. 8.). **Asien:** Angesichts der Reiskrise erklärte sich Japan zur Lieferung von 80 000 t, die VR China zu der von 50 000, die Republik China zu der Lieferung von 30 000 t Reis bereit (SCMP 9. 8.). Dem Ansuchen von Laos und Kambodscha um Unterstützung beim Aufbau ihrer Zuckerindustrie soll von philippinischer Seite nachgekommen werden (SCMP 15. 8.). Als Ergebnis von Gesprächen mit Vertretern der „Bank of China“ in Peking sollen 20 000 m³ Holz an die VR China geliefert werden (JAT 16. 7.). **Sonstige:** Am 11. 9. wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn, der CSSR, Polen und der DDR beschlossen. Damit unterhält Manila zu 6 kommunistischen Staaten diplomatische Beziehungen (NZZ 13. 9.). Am 7. 7. traf die erste Gewerkschaftsdelegation aus der UdSSR zu einem 5tägigen Freundschaftsbesuch in den Philippinen ein (Tass 7. 7. FE 4342). Eine Wirtschaftsdelegation folgte am 8. 9. zu Gesprächen über den Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte (R. Moskau 8. 9. FE 4395). Eine dritte Delegation

hielt sich vom 9.–24. 9. auf den Philippinen auf, um Gespräche über den Ausbau der Zusammenarbeit auf der Ölwirtschaft zu führen (Tass 24. 9. FE 4408). Mit den U S A wurde ein Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 4,2 Mio. US- $\text{\$}$ zur Entwicklung geothermischer Energien zum Bau eines 10,5-MW-Stromerzeugungskraftwerkes vereinbart (SCMP 24. 8.).

8. Singapur

Singapur konnte in den letzten 10 Jahren neben einem beträchtlichen Wirtschaftswachstum einen außerordentlich starken Strukturwandel verzeichnen. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich von 2046 Mio. Singapur- $\text{\$}$ im Jahre 1960 auf über 3365 Mio. im Jahre 1966 und auf 7322 Mio. 1972. Die Bevölkerung stieg in dieser Zeit von 1,63 Mio. auf 2,1 Mio., die Zuwachsrate konnte von 3,3% (1960 auf 1,5%) gesenkt werden. Das Wirtschaftswachstum zeigt sich daher auch in einer deutlichen Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens. Äußerst bemerkenswert ist die Expansion des Industriesektors, zumal Singapur selbst über keine natürlichen Ressourcen verfügt und der einheimische Absatzmarkt äußerst gering ist. Die Industrie ist auf den Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten sowie den Export ihrer Produkte angewiesen. Große Bedeutung haben die Auslandsinvestitionen, die bis Ende 1971 einen Gesamtumfang von 1,57 Mrd. $\text{\$}$ betragen und allein 1971 eine Höhe von 58 Mio. erreichten. An der Spitze der Herkunftsländer stehen die USA, Großbritannien, die Niederlande und Japan. Ein Hauptbereich des wirtschaftlichen Aufschwungs bilden die Investitionen die sich gemessen am nominellen Wert zwischen 1891 und 1972 fast verfünffachten (von 473 Mio. auf 2,29 Mrd.), 1972 erreichten sie in den wichtigsten Sparten folgende Beträge: Maschinen und Ausrüstungen 908 Mio., Transportmittel 275 Mio., Bauwirtschaft 1105 Mio. Auf private Unternehmungen entfielen 69%, auf die öffentliche Hand die übrigen 31% der Gesamtinvestitionen. Der Anteil der öffentlich Hand beträgt an Bauinvestitionen ca. 50% (vgl. NZZ 13. 8., FAZ 4.8.).

Die Bevölkerung von Singapur betrug offiziellen Angaben zufolge Ende 1972 2,14 Mio. (Tass 20. 8. W 741). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nord- und Südvietnam wurde am 2. 8. bekanntgegeben; bisher unterhielt Nordvietnam nur ein Handelsbüro, Südvietnam ein Konsulat in Singapur (NZZ 4. 8.). Mit den Niederlanden wurde ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit am 8. 8. ratifiziert (R. Singapur 8. 8. W 737). Die Einwanderungspolitik Australiens wurde von Premier Lee Kuan Yew auf der Commonwealth-Konferenz in Ottawa am 3. 8. heftig kritisiert (R. Melbourne 4. 8. FE 4368).

9. Thailand

Inneres Ende Juni demonstrierten mehr als 40 000 Studenten in Bangkok gegen die Politik der Regierung, wobei sie u. a. forderten, daß die Vorarbeiten für eine neue Verfassung innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen werden sollten. Die Studentendemonstrationen, denen in den nächsten Tagen und Wochen weitere folgten, sind ein Anzeichen dafür, daß sich in Thailand mehr Volksschichten als bisher an der Gestaltung der Politik aktiv zu beteiligen wünschen und Entscheidungen der militärischen Führungsgruppe weniger denn je bedingungslos akzeptieren. Insbesondere die Presse und die Studenten haben sich dabei als eine Art Kontrollinstanz der Regierung etabliert (NZZ 8. 7.). Der um sich greifende Gärungsprozeß in der intellektuellen Elite des Landes kritisiert vor allem die Machtausübung der Militärs, denen es damit relativ schwer gemacht wird, ihre notdürftig konstitutionell verschleierte Diktatur fortzusetzen. Die Ernennung von Prapas Charusathien zum Feldmarschall Ende Juni soll zwar den „starken Mann“ des Militärregimes auf die Rolle vorbereiten, die Nachfolge von Kitikachorn zu übernehmen, doch zeigten die jüngsten Studentenunruhen sowie die unüberlegte Aktion der Regierung, daß darüber die Entscheidung noch nicht gefallen sein dürfte (NZZ 20. 7.). Die Studentendemonstrationen setzten sich auch im Juli und August fort, wobei der Regierung u. a. „Mißbrauch der Macht“ vorgeworfen wurde und die Forderungen bis zum Rücktritt der Regierung reichten (JAT 25. 7., ADN 1. 8.). In einer Pressekonferenz erklärte Kittikachorn am 8. 8., daß sich die Lage im Süden des Landes nach erfolgreichen Aktionen gegen die Terroristen wesentlich verbessert habe (R. Bangkok 8. 8. FE 4369). Mit Wirkung vom 1. 10. wurden umfangreiche Versetzungen und Förderungen in der Generalität der Streitkräfte bekanntgegeben (vgl. R. Bangkok 10. 9. FE 4397), die erhebliche Machtverschiebungen andeuten. Während Prapas Charusathien das

Amt des Oberbefehlshabers des Heeres abgeben mußte, erhielt sein Nachfolger General Kris Sivara, bisher Industrieminister, einen erheblichen Zuwachs an Verantwortung. Tatsächlich scheint es sich bei den Umbesetzungen um Versuche der Regierung zu handeln, ihre Positionen zu halten, doch ist ihre tatsächliche Bedeutung noch nicht absehbar (NZZ 22. 9.).

Wirtschaft Die Reisexporte für die zweite Hälfte 1973 sollen um die Hälfte gekürzt werden, womit insgesamt (650 000 t im ersten und 300 000 t im zweiten Halbjahr) 950 000 t exportiert würden, die niedrigste Exportziffer seit langem (JAT 6. 7.). Am 1. 7. wurden vom Innenministerium Weisungen im Hinblick auf die Preiskontrollen von Reis ausgegeben (R. Bangkok 11. 7. FE 4346). Die Währung wurde am 15. 7. um 3,486% aufgewertet. Ein Baht entspricht damit 0,0368331 (bisher 0,0354164) g Feingold (R. Bangkok 15. 7. W 734). Gleichzeitig wurde ein Preisstop für alle Waren, die die Lebenshaltungskosten beeinflussen, erlassen. Am 23. 7. rief der Innenminister zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten, Geschäftsleuten und Industriellen auf, um das Arbeiterproblem zu bewältigen, nachdem es zuvor zu einer Reihe von Streiks gekommen war (R. Bangkok 23. 7. FE 4358). Am 2. 8. wurde das Budget für 1974 verabschiedet. Das Gesamtbudget umfaßt 36 Mrd. Baht, davon 7,3293 Mrd. (24%) für die Wirtschaft, 6,9227 Mrd. (19,2%) für das Erziehungswesen, 6,8028 Mrd. (18,9%) für die Verteidigung, 5,203 Mrd. (14,4%) zur Schuldenrückzahlung und 2,6836 Mrd. (7,5%) für öffentliche Ausgaben. Im Budget ist ein Defizit veranschlagt, das mit Anleihen in Höhe von 8,4 Mrd. Baht gedeckt werden soll (R. Bangkok 2. 8. W 736). Das Handelsdefizit für das erste Halbjahr beträgt 2,78 Mrd. Baht, etwa 646 Mio. weniger als im Vorjahr. Die Exporte stiegen um 29%, die Importe um 17% (SCMP 27. 7.). Die Bevölkerung Thailands betrug Ende 1972 38 358 008 Personen, Bangkok hatte 3 739 736 Mio. Einwohner; die jährliche Zuwachsrate beträgt 3,3% (R. Bangkok 1. 9. W 742).

Äußeres/Allgemein Die Durchführbarkeit des Baus eines 130 km langen Kanals durch den Isthmus Kra wurde auf einer Internationalen Konferenz in Tokyo unter dem Vorsitz von Pote Sarasin bestätigt (JAT 13. 7., R. Bangkok 21. 7. W 735). Premier Kittikachorn erklärte am 25. 7. seine Unterstützung für eine Reorganisation der SEATO zur „Verbesserung ihrer Effizienz in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen Realitäten“ (R. Bangkok 25. 7. FE 4357). **Asien:** Der Putschversuch in Laos wurde von Kittikachorn verurteilt; einer der Anführer, der nach Bangkok geflüchtet war, Oberst Phoe, wurde verhaftet (AFP 22. 8. R. Bangkok 22. 8. FE 4381). Mit Singapur wurde ein militärisches Trainingsprogramm vereinbart (R. Bangkok 27. 9. FE 4411). Am 17. 8. fand das 3. Treffen des Komitees Burma – Thailand in Rangun statt, bei dem u. a. Fragen des gemeinsamen Interesses einschließlich der Sicherheit an den Grenzen, Fischfangfragen etc. behandelt wurden (R. Bangkok 18. 8. FE 4379). In Hinblick auf die Beziehungen zur Republik China ist nach Kittikachorn gegenwärtig kein Abbau der diplomatischen Beziehungen zu erwarten (R. Bangkok 26. 9. FE 4410); offiziellen Angaben zufolge sind 5000 Angehörige der 93. Division Chiang Kai-sheks, die sich seit 1949 in Nordthailand aufhält, die thailändische Staatsbürgerschaft verliehen worden (Voice of the People of Thailand 20. 8. FE 4386). Am 14. 8. wurde per Dekret 53 des Nationalen Exekutivrates das seit 14 Jahren bestehende Handelsverbot mit der VR China aufgehoben (R. Bangkok 14. 8. W 739). Nach dem stellv. Außenminister Chunhawan hat die VR China ihre Unterstützung für eine Politik der ASEAN im Hinblick auf die Schaffung einer neutralen Zone frei von ausländischen Einflüssen, bekräftigt (R. Bangkok 30. 8. FE 4386). **Amerika:** Laut Kittikachorn wurden die USA Mitte Juli um Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung gebeten. Außerdem wurden sie darum ersucht, nach dem Bombenstop über Kambodscha am 15. 8. weitere Maßnahmen zum Schutz Thailands zu unternehmen (FAZ 26. 7.). Im Hinblick auf die Entwicklung in Kambodscha warnte Charusathien die USA am 6. 8. vor einem weiteren Disengagement in Asien, da diese „nicht glauben sollten, daß sie in der Lage sind Europa zu halten, wenn sie Asien verlassen hätten“ (R. Bangkok 6. 8. FE 4348). Am 17. 8. wurde ein Abkommen mit den USA bekanntgegeben, nach dem „in naher Zukunft“ eine Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte auf Thailand vorgenommen wird (R. Bangkok 17. 8. FE 4377); thailändischen Angaben zufolge befanden sich etwa 45 000 US-Soldaten im Lande (FAZ 16. 8.). In der ersten Phase einer stufenweisen Reduzierung sollen 3550 Soldaten und etwa 100 Flugzeuge von sieben Stützpunkten abgezogen werden (FAZ 25. 8.). Am 2. 9. verließ als letzte Kampfgruppe der US-Marine-Infanterie eine aus 4 F-4-Düsenjäger bestehende Staffel Thailand (NZZ 3., 7. 9.). **Europa:** Christopher Soames,

Kommissar für auswärtige Angelegenheiten der E G - Kommission besuchte am 5. 9. Thailand und wurde von Kittikachorn zu Gesprächen über die Wirtschaftsbeziehungen des Landes zur EG, vor allem über die Importziffer landwirtschaftlicher Produkte Thailands empfangen (R. Bangkok 5. 9. FE 4393). Ende September besuchte eine Delegation des Bundestages der B R D unter Frau Liselotte Funcke Thailand (R. Bangkok 27. 9. FE 4424).

10. Südvietnam

Das Außenministerium dementierte am 1. 7. alle Behauptungen, daß sich in den Gefängnissen des Landes politische Gefangene befänden, die unmenschlich behandelt würden. Nach Artikel 8 des Pariser Abkommens gäbe es ausschließlich „Zivilgefangene“, die verfassungswidrig prokommunistisch tätig gewesen waren; wegen eines Artikels über die Gefangenen wurde der Korrespondent der japanischen „Asahi Shimbun“ des Landes verwiesen (FAZ 3. 7.). Der Staatschef Nguyen Van Thieu kündigte am 10. 7. eine Strukturreform des Verwaltungsapparates an, in dessen Rahmen u. a. die Macht dezentralisiert, Engpässe oder Verzögerungen abgeschafft werden und die lokalen Verwaltungsstrukturen reformiert werden sollen (R. Saigon 10. 7. FE 4345). Bei den Senatswahlen vom 26. 8. erhielten Thieus Demokratische Partei und die Partei von Außenminister Tran van Lam alle 31 zur Wahl stehenden Sitze des Oberhauses und des Parlaments. Die Opposition verfügt über weniger als 15 Sitze, womit Thieu die Möglichkeit hat, durch eine Verfassungsänderung zum dritten Mal 1975 für das höchste Staatsamt zu kandidieren (NZZ 29. 8.). Am 1. 7. wurde eine Mehrwertsteuer eingeführt, von der mit Wirkung vom 9. 8. alle direkt die Versorgung betreffenden Güter ausgenommen wurden (R. Saigon 9. 8. FE 4370). Die Investitionen des Auslandes lassen trotz des beachtlichen Potentials des Landes und der positiven Entwicklung seit dem Pariser Vietnam-Abkommen vorerst auf sich warten. FAZ 1. 10.). Am 16. 7. stimmte das Kabinett Ölkonzessionen an vier internationale Gesellschaften (Shell, Esso, Mobil, Sonneghel) zu, von denen die Regierung insgesamt 16,6 Mrd. US-Dollar erhält. Die Ölsuche erstreckt sich auf den Bereich östlich und südöstlich von Vong Tao (R. Saigon 17. 7. FE 4351).

Äußeres Aus Anlaß des XIX. Jahrestages der Teilung des Landes am 20. 7. stellte die Regierung erstmals offiziell den Antrag um Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten in die U N O ; außerdem wurde die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Süd- und Nord-Vietnam gefordert (NZZ 22. 7.). Meldungen, wonach Süd-Vietnam die Entsendung von Truppen nach K a m b o d s c h a forderte, wurden am 2. 8. erneut dementiert; nur falls Kambodscha um militärische Hilfe ersuche, werde diese Frage von beiden Ländern „erörtert“ werden (NZZ 4. 8.). J a p a n erklärte sich bereit, 50 Mio. \$ im Finanzjahr 1974 für den Wiederaufbau der Wirtschaft Süd-Vietnams bereitzustellen (Kyodo 3. 8. FE 4364). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit S i n g a p u r wurde am 1. 8. beschlossen (R. Saigon 2. 8. FE 4363). Den Entschluß S e n e g a l s, die Regierung des Vietkong anzuerkennen, beantwortete Saigon mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der erste Vorgang dieser Art von seitens Südvietnams seit 1965 (JAT 16. 8.). Dagegen beeinträchtigte offiziellen Angaben zufolge die Aufnahme diplomatischer Beziehungen G r o ß b r i t a n n i e n s zu Nordvietnam die Beziehungen zu Saigon nicht (R. Vietnam 19. 7. FE 4351); die Weigerung Londons, die Regierung des Vietkong anzuerkennen, wurde lobend hervorgehoben (R. Vietnam 18. 7. FE 4351). Nach einer Unterbrechung von acht Jahren wurde am 12. 7. die diplomatischen Beziehungen zu F r a n k r e i c h wieder aufgenommen (R. Saigon 13. 7. FE 4357).

11. Nordvietnam

Inneres Auf einer Konferenz des Parteikomitees Hanoi erklärte General Giap, daß der zum gegenwärtigen Zeitpunkt herrschende Frieden im Norden noch nicht gefestigt und eine starke Militärmacht weiterhin notwendig sei (R. Hanoi 27. 6.). Am 5. 8. hielt die Marine Nordvietnams einen Kongreß ab, dessen Zweck es offensichtlich war, in der Marine den Kampfgeist weiter zu verstärken und die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zu betonen (R. Hanoi 6. 8. FE 4369). Zum Nationalfeiertag am 1. 9. wurde eine Massenveranstaltung in Hanoi abgehalten, deren Tenor ebenfalls darauf lag, daß der „Endsieg“ noch nicht errungen sei, sondern daß es gelte weiterhin wachsam und kampfbereit zu sein (VNA 1. 9. FE 4389). Das Rekrutierungs-

soll in der neuen „Phase der Revolution“ wurde von der Left Millings Bank Military Origin mit 109% übererfüllt (R. Hanoi 27. 9. FE 4412).

Wirtschaft Zwar liegen eine ganze Reihe von Berichten nordvietnamesischer Provenienz über angebliche Erfolge der eigenen Wirtschaft vor, doch handelt es sich dabei meist um nicht überprüfbare Erfolgsberichte aus kleineren Bereichen, aus denen sich kein Aufschluß über die gesamtwirtschaftliche Situation ergibt (R. Hanoi 19., 21., 22., 23. 6. FE 4346, R. Hanoi 23. 6. W 733, 5. 7. FE 4349 etc). Am 8. und 9. 8. fand eine Sitzung des Ständigen Komitees der Nationalversammlung statt, auf der der Haushaltsplan und die Entwicklung der Wirtschaft diskutiert wurden, ohne daß Einzelheiten bekannt wurden (R. Hanoi 10. 8. FE 4371). Mit Wirkung vom 1. 10. soll eine Generalinventur des gesamten Staatseigentums des Landes durchgeführt werden, wozu Durchführungsbestimmungen erlassen wurden (R. Hanoi 19. 8. FE 4379). Daß es vor allem im industriellen Bereich zu Schwierigkeiten mit Arbeitern und ihrer Arbeitsleistung kommt, machte ein Artikel des Parteiorgans ‚Nhan Dan‘ deutlich (R. Hanoi 22. 8. W 740).

Äußeres/Asien Am 20. 7. gab Nguyen Hu Tho der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo eine „exklusive 10-Punkte-Erklärung“ über die Lage in Indochina ab, in der er u. a. zur Situation nach dem Waffenstillstand, der politischen Lösung, den demokratischen Freiheiten, der Außenpolitik, der befreiten Zonen, den US-Basen in Thailand und den Beziehungen zu Japan Stellung nahm (Kyodo 20. 7. FE 4353). Der Putschversuch in Laos wurde von Hanoi verurteilt (R. Hanoi 8., 23. 8.), während das laotische Protokoll vom 15. 8. als „großer Sieg für das laotische Volk“ begrüßt wurde (VNA 15. 9. FE 4401). Mit Singapur wurden am 1. 8. diplomatische Beziehungen aufgenommen. Ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gesundheitswesen wurde am 28. 8. mit der Mongolischen VR unterzeichnet (VNA 29. 8. 4386 FE). Das Konzept Nordkoreas für die Wiedervereinigung des Landes wurde von Nguyen Hu Tho unterstützt (NCNA 3. 8.). Am 31. 7. traf der stellvertretende Außenhandelsminister Nguyen Chang in Peking ein (NCNA 31. 7.); am 30. 8. folgte Le Duan, der u. a. von Chou En-lai empfangen wurde (NCNA 30. 8. FE 4389). Japan schlug Hanoi am 7. 7. die Aufnahme von Gesprächen zur Normalisierung der Beziehungen vor (Kyodo 7. 7. FE 4342), die dann am 25. 7. in Paris begannen (Kyodo 26. 7. FE 4357). **Amerika** Die USA informierten Hanoi am 25. 6., daß die Minenräumaktion in den territorialen Gewässern von Haiphong entsprechend Artikel 2 des Pariser Abkommen abgeschlossen seien (R. Hanoi 2. 7. FE 4337). Die Verhandlungen über US-Wiederaufbauhilfe wurden nach einer Sitzung der gemeinsamen Kommission vom 18. 6.–23. 7. unterbrochen, nachdem keine Übereinstimmung erzielt werden konnte (SZ 25. 7.). Mit Kanada wurden mit Wirkung vom 21. 8. diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufgenommen. Der Plan zur Durchführung des Abkommens über medizinische Zusammenarbeit 1974/75 mit Kuba wurde am 26. 6. unterzeichnet (VNA 29. 6.). Präsident Fidel Castro besuchte vom 12. bis 18. 9. Nordvietnam. Im Abschlußkommuniqué wurden die gemeinsamen Ansichten über die Lage in Indochina sowie die Verurteilung der Ereignisse in Chile bekräftigt und für die Zukunft engere Kontakte vereinbart (VNA 18. 9. FE 4403). Die Beziehungen zu Chile wurden nach dem Staatsstreik vom 11. 9. unterbrochen. **Afrika und Naher Osten:** Eine Delegation aus Ägypten unter dem stellvertretenden Präsidenten ash-Shafii hielt sich vom 24. bis 25. 9. in Hanoi auf (VNA 25. 9. FE 4411). Eine Militärdelegation aus Syrien besuchte Nordvietnam vom 30. 6. bis 4. 7. und zeigte sich dabei an Militärberatern interessiert (VNA 4. 7. FE 4339, AFP 3. 7.). Mit dem Iran wurden am 15. 8. diplomatische Beziehungen aufgenommen. **Europa:** Großbritannien gab am 1. 9. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Hanoi bekannt (VNA 1. 9. FE 4389), Malta folgte am 20. 9. **Sozialistische Staaten:** Eine Partei- und Regierungsdelegation unter Le Duan besuchte vom 8.–16. 7. die UdSSR, wo sie u. a. von Breschnew und Kossygin empfangen wurde. Nach dem Kommuniqué fanden die Gespräche „in einer Atmosphäre der Herzlichkeit...“ statt, Hauptthemen waren die „umfassende Zusammenarbeit“ sowie die Einhaltung des Pariser Abkommens“ (TASS 16. 7.). Am 25. 7. wurde ein Abkommen über die Ausbildung von Nordvietnamesen von 1973–1976 unterzeichnet (TASS 25. 7. W 735). Ein neuerliches Treffen folgte am 4. 8. zwischen Le Duan und Breschnew auf der Krim (ADN 4. 8.). Der Plan für die wissenschaftliche Kooperation wurde am 9. 8. unterzeichnet (VNA 9. 8. FE 4370). Am 14. 8. folgte ein Abkommen über wirtschaftliche und technologische Kooperation für 1974–1975 (TASS 14. 8. W 738). Einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek“ erhält Nordvietnam weder von der VR China noch von

der UdSSR weitere Waffenhilfe; entsprechende Bitten seien abgelehnt worden (FAZ 7. 8.). Eine andere Delegation unter Premier Pham Van Dong bereiste die UdSSR, Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien. In Bulgarien wurde ein Kreditabkommen für 1974 und ein weiteres betreffend den Verzicht Bulgariens auf die Rückzahlung der bisherigen Kredite, ebenso wie ein Handelsabkommen unterzeichnet (R. Sofia 5. 8. D 737). Mit der CSSR wurde ein Abkommen über die Schulung von nordvietnamesischen Experten unterzeichnet (CTK 26. 6.); es folgte am 10. 8. ein Abkommen über die medizinische Zusammenarbeit für 1973/74 (VNA 11. 8.). Mit der DDR wurde am 22. 6. ein Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit 1973/74 unterzeichnet (VNA 23. 6. W 732). Mit Polen wurde ebenfalls ein Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit 1973/74 vereinbart (VNA 7. 7. W 733); am 20. 7. folgten Abkommen über Anleihen und den Warenaustausch zwischen beiden Staaten (R. Hanoi 28.—7. W 736). Ein Handelsabkommen vom 8. 9. sieht eine Zunahme des Handelsaustauschs von 25% vor (PAP 8. 9. W 743). Als Ergebnis des Besuches in Ungarn erhält Hanoi günstig kostenlose Unterstützung von Budapest (FAZ 23. 7.).

12. Vietnam-Krieg/Vietnam-Verhandlungen

Der Austausch von Zivilgefangenen zwischen der Regierung Vietnams und den Vietkong ging nur stockend vor sich; beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig der Verletzung der Durchführungsbestimmungen (FAZ 24., 25. 7.). Die nach Artikel 10 des Abkommens vom 13. 6. festgesetzte Frist bis zum 28. 7. im Hinblick auf eine Einigung zwischen den Vietkong und Saigon wurde nicht eingehalten. (FE 4340, 44, R. Saigon 28. 7. FE 4359). Die USA richteten am 30. 7. eine Protestnote an Hanoi, in der diese beschuldigt wurde, entgegen dem Abkommen keinerlei Auskünfte über vermißte US-Militärs geliefert zu haben (NZZ 1. 8.). Durch das Ausscheiden Kanadas aus der internationalen Kontrollkommission am 30. 7. mit der Begründung, daß die Beobachter bei der Arbeit behindert worden seien und eine wirksame Überwachung des Waffenstillstandes nicht möglich sei (FAZ 1. 8.), wurde die Kommission zunächst funktionsunfähig. Nachfolger Kanadas wurde der Iran, der am 24. 9. eine Delegation entsandte (R. Vietnam 25. 9. FE 4409). Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 28. 1. kamen bei Kämpfen in Südvietnam über 40 000 Menschen ums Leben (30 572 kommunistische Soldaten, 8126 Regierungssoldaten und 1369 Zivilisten) (NZZ 22. 8.). Amerikanischen Angaben zufolge will Nordvietnam große Gebiete im Norden Südvietnams weiter besetzt halten und die Kontrolle festigen, u. a. durch den Nachzug der Familien für Soldaten in diesem Gebiet (NZZ 22. 8.). Auch die 25. Runde der Gespräche zwischen den Vietkong und Vietnam führten zu keinen Ergebnissen (NZZ 15. 9.).

III. Ostasien

1. Volksrepublik China

Inneres Am 27. 6. erfolgte der 14. Atomtest, eine Wasserstoffbombe von etwa 3 mt Sprengkraft. In dem Pressecommuniqué dazu hieß es, daß China „notwendige und beschränkte Kernversuche ... unternahme ... ausschließlich um sich zu verteidigen...“; Chou En-lai erklärte dazu, daß das zeitliche Zusammentreffen mit dem Gipfeltreffen zwischen Nixon und Breshnew „rein zufällig“ gewesen sei (NZZ 1. 7., 3. 7.). Seit Beginn der Kulturrevolution wurden 60 000 neue Mitglieder in die KP aufgenommen, 76% von ihnen sind Arbeiter, 27% Frauen (NCNA 1. 7.); seit 1969 wurden außerdem mehr als 143 000 Angehörige nationaler Minderheiten KP-Mitglieder (NCNA 30. 6.). In den 5 Provinzen Anwhei, Hupeh, Shansi, Kirin und Hopei wurden zwischen dem 6. und 18. 7. Kongresse der Frauenförderationen abgehalten (NCNA 20. 7.); Hauptthemen waren die Forderungen nach einem größeren Anteil am öffentlichen Leben und an der produktiven Arbeit, außerdem wünschen sie ein größeres Mitspracherecht in den politischen Angelegenheiten (SZ 11. 7.). Zur Eröffnung der „Asian Afrikan-Latin American Table Tennis Friendship Invitational Tournament“ am 26. 8. zeigte sich nach langem Schweigen die gesamte Führung Chinas, von Premier Chou En-lai bis zur Frau Maos, Chiang Ching (FAZ 27. 8.). Nach zahlreichen Hinweisen auf wichtige innenpolitische Entscheidungen, die „unmittelbar bevorstehen“, wurde am 29. 8. bekanntgegeben, daß vom 24.—28. August der 10. Parteitag der KP Chinas stattgefunden habe (NCNA 29. 8.). Der Kongreß fand

unter dem Vorsitz von Mao Tse-tung statt und wurde als „Kongreß der Einheit, Brüderlichkeit und der Stärke“ bezeichnet. Chou En-lai gab eine Übersicht über die politische Lage, außerdem wurde ein „Entwurf für das Statut der Kommunistischen Partei Chinas“ vorgelegt und ein neues Zentralkomitee gewählt (vgl. die Dokumente NCNA 29. 8. FE 4385, NCNA 31. 8. FE 4387). Die kurze Dauer von nur fünf Tagen (der IX. Parteitag tagte vom 1.–24. 4. 1969) läßt auf vereinbarte Kompromisse, eine gewisse Stabilität und Konsolidierung der Partei schließen. Insgesamt 1249 Delegierte vertraten die 28 Millionen Parteimitglieder. Damit ist die KP Chinas die größte kommunistische Organisation der Welt. 67% der Delegierten waren Arbeiter, Bauern und Soldaten, 20% Frauen. Überraschend in den Vordergrund rückte Wang Hung-wen, ehemaliger Textilarbeiter aus Shanghai, der über die neuen Parteistatuten referierte. Auf dem Parteitag wurden erstmals die Namen von Partei- und Volksfeinden, unter ihnen Lin Piao offen erwähnt; das seit dem Frühjahr 1971 verschwundene Politbüromitglied Chen Po-ta wurde als „Hauptmitglied der parteifeindlichen Clique Lin Piaos“ bezeichnet (NZZ 31. 8., FAZ 31. 8., den Bericht von Wang Hung-wen NCNA 1. 9. FE 4388). Die leitenden Organe des X. Zentralkomitees der KPCh setzen sich wie folgt zusammen (NZZ 2. 9.): Vorsitzender: Mao Tse-tung. — Stellvertretende Vorsitzende: Chou En-lai, Wang Hung-wen, Kang Sheng, Yeh Chien-ying, Li Teh-sheng. — Ständiges Komitee des Politbüros: Mao Tse-tung, Wang Hung-wen, Yeh Chien-ying, Chuh Teh, Li Teh-sheng, Chang Chun-chiao, Chou En-lai, Kang Sheng, Tung Pi-wu. — Mitglieder des Politbüros: Moe Tse-tung, Wang Hung-wen (neu), Wei Kuo-ching (neu), Veh Chien-ying, Liu Po-cheng, Chiang Ching, Chu Teh, Hsu Shi-yu, Hua Kuo-feng (neu), Chi Teng-kuei (bisher Kandidat), Wu Teh (neu), Wang Tung-hsing (bisher Kandidat), Chen Yung-kuei (neu), Chen Hsi-lien, Li Hsien-nien, Li Teh-sheng (bisher Kandidat), Chang Chun-chiao, Chou En-lai, Yao Wen-yuan, Kang Sheng, Tung Pi-wu. — Kandidaten des Politbüros: Wu Kuei-hsien (neu), Su Chen-hua (neu), Ni Chih-fu (neu), Saifudin (neu). — Mit dem neuen Statut erhielt die KPCh ein völlig überarbeitetes Programm, das den Aufgaben der Partei eine neue Richtung weist. Deutlich soll die führende Rolle der Partei in Staat, Armee und Massenorganisationen herausgestellt, zugleich ihre Basis verbreitet und ihr Einfluß auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden (NZZ 6. 9., JMJP 10. 9.). Zum 24. Jahrestag der Gründung der VR China erschienen in den Massenblättern Leitartikel mit dem Titel „Fleißig studieren und weiterhin voranschreiten“, in denen u. a. die Ergebnisse des X. Parteitages herausgestellt und der Bevölkerung zum Studium empfohlen wurde (NCNA 30. 9. FE 4412). **Personalia:** Im Berichtszeitraum sind weitere, seit der Kulturrevolution nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehene Politiker und Militärs rehabilitiert worden, unter ihnen General Yang Yung (NZZ 7. 7.), Tao Lu-chia, Fang Chiang, Liang Pi-yeh (FAZ 8. 8.) sowie die beiden Politbüromitglieder Tan Chan-lin und Ulanfu (SZ 29. 8.) sowie Teng Hsiao-ping.

Wirtschaft China publiziert relativ zahlreiche Angaben über die Wirtschaftsentwicklung in Teilbereichen bzw. in Provinzen und Städten, ohne daß sich daraus ein genauer Überblick über den Stand der Wirtschaftsentwicklung gewinnen läßt. Exakte Zahlenangaben sind nach wie vor selten. Die elektronische Industrie soll in der ersten Hälfte 1973 dreimal soviel produziert haben wie im gleichen Zeitraum 1965; die Produktionskapazität für elektronische Teile stieg auf das elffache. Die neueste Entwicklung schließt Farbfernsehgeräte, Hochspannungsröhren sowie Hochleistungskomputer mit integrierten elektronischen Schaltkreisen ein (NCNA 12. 7.). Die Getreide- und Gemüsernte soll trotz längerer Trockenperioden im Norden und heftigen Regenfällen im Süden das Rekordniveau von 1973 erreicht haben. Die gesamte Ernte 1972 belief sich auf 236 Mio. t (NCNA 1.–9. 8. W 737, NZZ 1. 8., FAZ 13. 8.). Trotzdem mußten 1972 und 1973 große Mengen von Weizen eingekauft werden, die jedoch aus den Überschüssen des Exports bezahlt werden konnten. Großer Anteil an der Ernte haben der starke Ausbau der Be- und Entwässerungsanlagen sowie die Verwendung von Kunstdünger. Erstmals seit Jahren wurden Ende August offizielle Produktionszahlen genannt: Danach wurden 1972 etwa 23 Mio. t Stahl produziert (1949 160 000). Die Getreideproduktion wurde mit 240 Mio. t (1949 110 Mio. t) angegeben. Fast die Hälfte der insgesamt 2000 Kreise des Landes verfügt über Kunstdüngerfabriken, $\frac{2}{3}$ haben eigene Zementwerke, die 50% des Bedarfs decken. In über 90% der Kreise werden Landwirtschaftsmaschinen gefertigt und in jeder Provinz, jedem Stadtstaat und in jeder autonomen Region gibt es mindestens ein kleineres Hüttenwerk. Die jährlichen Staatseinnahmen sind elfmal höher als in den ersten Jahren nach 1949: „Der chinesische Staat ist im In- und Ausland schuldenfrei.“ Als besondere Lei-

stungen werden der Bau eines 125 000 kW starken Dampfturbinengenerators mit Wasserkühlung und die 6,5 km lange Jangtse-Brücke über Nanking hervorgehoben (FAZ 29. 8., SZ, FAZ 30. 9.). Nach mehreren Auf- und Abwertungen (7 seit dem 1. 6. 1973) lautet die neue Parität des Renminbi 37,63 je 100 Hongkong- $\text{\$}$ (FAZ 9. 8.). Die Handelsflotte wurde nach der Ausweitung der Handelsbeziehungen mit allen Kontinenten ausgebaut. Westlichen Schätzungen zufolge verfügt sie über eine Gesamttonnage von 1,2 Mio. BRT, wobei auch die Binnenschifffahrt eingeschlossen ist. Weitere Schiffe wurden bei japanischen, jugoslawischen und westeuropäischen Werften bestellt. Unbedeutend ist dagegen die Tankerflotte, während die Hafenanlagen ebenfalls ausgebaut wurden (SZ 8. 9. NZZ 11. 7.). Große Anstrengungen werden beim Abbau von Kohlevorkommen, der wichtigsten Energiequelle, unternommen. Etwa 80% des Brennmaterials sind Kohle, die in fast allen Landesteilen in unterschiedlicher Qualität gefunden wird. 70% bestehen aus bituminöser Kohle, auf Braunkohle entfallen etwa 10%, der Rest besteht aus Anthrazit. Die Vorkommen werden auf insgesamt 9000 Mia. t geschätzt, die bisher entdeckten etwa 2000 Mia., womit die USA und die UdSSR übertroffen werden. Die Produktion betrug nach Schätzungen 1972 etwa 280–300 Mio. t (NZZ 2. 8.). Starken Aufschwung nahm auch die Erdölindustrie; die Ölproduktion soll von 1966 bis 1970 um 30% erhöht worden sein. Die Erdölreserven werden auf über 10 Mia. t geschätzt (NZZ 16. 8.). Das Rundfunk- und Fernsehnetz wird ausgeweitet, Sendungen des Fernsehens können derzeit in 25 (der 29) Provinzen empfangen werden. Die Produktion von Radios war 1972 12%, die von Fernsehern 100% über der des Vorjahres (NCNA 16. 8. W 738). Auch Pläne für Farbfernseher liegen vor, eine Entscheidung zwischen dem deutschen Pal und dem französischen Secam System ist noch nicht gefallen.

Äußeres/Asien In Verhandlungen mit Japan wurde ein Abkommen über ein Unterseekabel am 28. 6. erreicht, das über 480 Leitungen verfügt und etwa 30 km südöstlich von Shanghai verläuft (Kyodo 29. 6. W 732). Die geplante Hilfe Japans für die Entwicklung Sibiriens wird ebenso aufmerksam beobachtet, wie alle japanischen Äußerungen im Hinblick auf die Territorialfragen mit der UdSSR vermerkt werden (NCNA 2. 7. Jiji Press 10. 7.). Die intensiven bilateralen Kontakte bezogen sich u. a. auf den Abschluß eines Zivilluftfahrtabkommens sowie den eines Handelsabkommens; dabei zeigte sich China am Bezug strategischer Güter aus Japan interessiert, die noch von einem Embargo betroffen sind (JAT 11. 7.). Der Handel betrug in der ersten Hälfte des Jahres 871,48 Mio. $\text{\$}$, 66,2% mehr als im Vorjahr; Japans Exporte waren daran zu 55,3% (81,4% mehr als im Vorjahr) beteiligt (Kyodo 25. 7. W 735). Am 8. 8. wurde von der Bank von Tokyo und der Bank von China das neue Abkommen über den Yen-Yüan-Wechselkurs unterzeichnet, Laufzeit 1 Jahr mit automatischer Verlängerung. Das Kursverhältnis wird auf der Basis von drei Paritäten bestimmt: 1. Yüan/Pfund (von China aufgestellt) 2. Yen/Dollar Mittelwert (der Devisenbörse Tokyo) 3. Dollar/Pfund in New York (JAT 9. 8.). Eine grundsätzliche Einigung über ein Handelsabkommen wurde am 27. 8. erzielt, ohne daß ein Abkommen unterzeichnet wurde (Kyodo 27. 8. W 740). Trotz des beiderseitigen Interesses konnte vor allem wegen der Taiwanfrage keine Einigung über ein Luftverkehrsabkommen erzielt werden (NZZ 23. 9.). Die Politik gegenüber der Republik China (Taiwan) findet ihre Fortsetzungen in einer weiterhin freundlichen Haltung, Aufrufen zur Wiedervereinigung und demonstrativer Vorzugsbehandlung von Überläufern. Stets wird dabei betont, daß es sich um die „Provinz Taiwan“ und ihre Vertreter handele (NCNA 4. 9., 9. 9.). Am 25. 9. verlangte China den Ausschluß Taiwans aus der IMF und der Weltbank (NCNA 25. 9.). Unverändert feindselig sind die Beziehungen zur Mongolischen VR. Die Mongolei trat mit einem antichinesischen Artikel „Worte und Taten der Pekinger Chauvinisten“ hervor (Montsame 3. 9. FE 4390, 4401), in dem sie unbekannte Zahlen und Daten über die bilateralen Kontakte enthüllte (NZZ 23., 30. 9.). Vom 6.–31. 7. tagte das 26. reguläre Treffen der gemeinsamen Kommission für den Jalu-Fluß (KCNA 4. 8. FE 4366). Vor den Vereinten Nationen trat China für die Auflösung der UN-Kommission für die Wiedervereinigung Koreas ein (NCNA 20. 9.). Der Außenminister Nepals, G. B. Karki, besuchte die VR China und wurde am 18. 9. von Außenminister Chi Peng-fei empfangen (NCNA 18. 9.). In den Beziehungen zu Indien ergab sich bisher trotz entsprechender indischer Äußerungen keine entscheidende Verbesserung (R. Delhi 3. 8. FE 4365, vgl. Indien). Die Beziehungen zu Thailand werden im Rahmen der „Ping Pong Diplomatie“ intensiviert, wobei vor allem die Bereitschaft Thailands auffällt, die Kontakte zu verbessern (NZZ 12. 8.). Am 14. 8. wurde das Verbot, mit China Handel zu treiben, aufgehoben

(R. Bangkok 14. 8. FE 4374). Eine Telefonverbindung wurde am 26. 8. eröffnet (SCMP 28. 8.). Mit dem **Vietcong** wurde am 19. 7. ein Abkommen über unentgeltliche Wirtschaftshilfe unterzeichnet (NCNA 19. 7.). Am 1. 9. legte erstmals ein chinesisches Frachtschiff in einem Hafen des Vietcong, Dong Ha, an (NZZ 6. 9.), wogegen Saigon protestierte (R. Saigon 7. 9. FE 4394) (vgl. Nordvietnam). Mit der „Veterans Bank“ der **Philippinen** wurde am 10. 7. ein Korrespondenzabkommen, das den Handel zwischen beiden Staaten erleichtert, vereinbart (R. Manila 10. 7. FE 4344). **Indonesien** kaufte über Händler in Hongkong Reis aus der VR China (Antara 13. 7.). Anfang August kam es zu erneuten Ausschreitungen gegen Chinesen in Bandung, bei denen hunderte chinesische Geschäfte geplündert, Motorräder und Autos in Brand gesteckt wurden (NZZ 8. 8., JAT 13. 8.) (vgl. Indonesien); der Vorfall wurde von China verurteilt (NCNA 24. 8.). **Australien** nahm aus Rücksicht auf China an den diesjährigen gemeinsamen Marinemanövern der SEATO nicht teil (NZZ 12. 7.). Am 23. 7. wurde ein Handelsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet, wozu Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo nach Canberra kam (R. Melbourne 24. 7. FE 4355). Die chinesische Delegation reiste anschließend nach **Neuseeland** weiter (NCNA 27. 7.). **Pakistan**s Außen- und Verteidigungsminister Aziz Ahmed traf am 30. 8. zu einem offiziellen Besuch in China ein (NCNA 30. 8.). **Amerika**: Der Vertreter Chinas in den USA, Huang Chen, wurde am 4. 7. von Präsident Nixon und H. Kissinger in San Clemente in Gesprächen empfangen (NZZ 9. 7.). Ende Juli wurde eine weitere halbe Million t Weizen in den USA zu einem Vertragswert von 75 Mio. \$ gekauft (FAZ 30. 7.). Der für Anfang August geplante sechste Besuch Kissingers in Peking wurde auf unbestimmte Zeit verschoben (SZ 10. 8.). Mit **Kanada** wurde ein Abkommen über die Registrierung von Handelsmarken unterzeichnet (NCNA 16. 7.). Die **KP Chile**s verurteilte das „antimarxistische Wesen des Maoismus“ (ADN 6. 9.), während China den Militärputsch in Chile vom 13. 9. verurteilte (NCNA 13. 9.). Im Widerspruch dazu steht, daß der Botschafter Chiles, der sich nach dem Putsch zu Allende bekannte, von China ausgewiesen wurde. Eine Wirtschaftsausstellung wurde am 10. 8. in **Argentinien** eröffnet (NCNA 11. 8.). Der stellv. Außenhandelsminister Chou Hua-min reiste am 6. 7. nach **Venezuela**, wo er am 16. 7. ein Handelsabkommen unterzeichnete, nach dem China 100 000 t Kunstdünger importieren wird, 20 000 davon noch 1973 (NCNA 6. 7., Prensa-Latina 17. 7. W 734). Am 22. 8. unterzeichnete die VR China das Abkommen über das Verbot von **Atomwaffen** in Lateinamerika. Gleichzeitig erklärte der chinesische Botschafter in Mexiko, daß dieser Beitritt keinen Einfluß auf die ablehnende Haltung Chinas über dem Verbot atmosphärischer Kernversuche sowie dem Atomwaffensperrvertrag habe (NZZ 24. 8.); bis vor kurzem hatte China den Beitritt abgelehnt. **Naher Osten**: Die „traditionell guten Beziehungen“ zum Iran wurden anläßlich eines Bankettes für die Mitglieder einer parlamentarischen Delegation aus Teheran unterstrichen (NCNA 11. 7.). Anfang September folgte der Besuch von Prinz Gohlam Reza Pahlawi und der Prinzessin Manijah in China (NCNA 11., 12. 10.) (zu VR China/Afrika vgl. IAF 1974/4). **Europa**: Am 1. 7. reiste eine Abordnung von 23 Vertretern der Stadt Mainz als erste Städtedelegation der BRD in die VR China (NZZ 3. 7.). Am 5. 7. wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet (DPA 5. 7.). Am 23. 7. traf die Shanghaier Akrobatentruppe zu einem Freundschaftsbesuch in Köln ein (NCNA 24. 7.); sie gab in Köln und Frankfurt Vorstellungen und reiste am 30. 7. ab (NCNA 30. 7.). Eine bedeutsame Bestätigung ergab sich für die deutsche maoistische KPD, als ihr Glückwunsch zum Abschluß des X. Parteitages der KP China erstmals offiziell zur Kenntnis genommen wurde (NCNA 16. 9.). Mit **Großbritannien** wurden zwei Wirtschaftsverträge im Werte von mehreren Mio. £ Sterling abgeschlossen, außerdem soll eine Gruppe chinesischer Techniker von britischen Experten in der Filmindustrie ausgebildet werden (SZ 3. 8.). Mit **Frankreich** wurde eine offizielle Luftverbindung über Karachi (Flugdauer 13 Std. 20 Min.) aufgenommen, die mit Boeing 707 beflogen und im September beginnen soll (R. Paris 28. 7. W 735). Als erster Staatspräsident Westeuropas besuchte G. Pompidou vom 11.—18. 9. die VR China. Pompidou wurde u. a. von Premier Chou En-lai und Mao Tse-tung empfangen; in den Grußansprachen wurde von China stets die Politik der „Supermächte“ attackiert, während sich Pompidou relativ zurückhaltend ausdrückte. Pompidou äußerte sich über seine Eindrücke sehr positiv, doch stelle er klar, daß „unsere Analysen der Weltlage nicht identisch ... sind“. Das gemeinsame Kommuniqué bestätigte im Hinblick auf Europa die chinesische Unterstützung für die Unabhängigkeit, Sicherheit und Souveränität der einzelnen Staaten, während Frankreich von einer „Entspannung und einer Kooperation

unter allen Völkern des Kontinents“ spricht (FAZ, NZZ 12. 9., 13. 9., 18. 9. NCNA 14. 9., 17. 9.). Es entstand der Eindruck, daß als ein Ergebnis des Besuches deutliche Grenzen der französischen China-Politik gesetzt sind, gezeigt wurden (NZZ 19. 9.). Mit Malta wurde am 20. 9. ein Protokoll über die Hilfe Chinas bei verschiedenen Entwicklungsprojekten vereinbart (NCNA 20. 9.). Ein Handelsabkommen wurde mit Zypern am 5. 9. unterzeichnet; Zypern wird danach Schuhe, Kleidung, Wein und andere Alkoholika nach China exportieren (R. Nikosia 5. 9. W 741). Handelsminister Kolokasidhis traf am 16. 9. zu einem Freundschaftsbesuch in Peking ein (NCNA 16. 9.) und unterzeichnete dort ein Handels- und Zahlungsabkommen (NCNA 19. 9.). Prinzessin Margareta von Schweden traf am 30. 6. zu einem Freundschaftsbesuch in Peking ein (NCNA 5. 7.). **Sozialistische Staaten:** Vom 21. 6.–5. 7. wurde in Belgrad eine chinesische Wirtschafts- und Handelsausstellung abgehalten (NCNA 5. 7.). Am 27. 9. wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Schifffahrtsregistrierung mit Jugoslawien unterzeichnet (NCNA 28. 9.). Die DDR trat mit einigen Artikeln, in denen die Politik Pekings verurteilt wurde, hervor (ND 12. 7.). Besonders allergisch reagierte Ost-Berlin auf alle Äußerungen chinesischer Politiker über die Deutschlandfrage. Ungeachtet dessen kondolierte die VR China offiziell zum Tode von Walter Ulbricht (NCNA 7. 8.). Der neue DDR-Botschafter in China, Johann Wittik, traf am 18. 8. in Peking ein (NCNA 18. 8.). Demgegenüber entwickelten sich die Beziehungen zu Rumänien weiter positiv. Staatschef Ceausescu empfing am 11. 8. den Botschafter Chinas, Li Tin-chuan, wobei er die „brüderliche Freundschaft zwischen den beiden kommunistischen Parteien“ hervorhob (Agerpres 11. 8.). Als einziger Parteichef des Sowjetblocks gratulierte Ceausescu Mao Tse-tung zu seiner Wiederwahl als Vorsitzender der KP beim X. Parteitag (NZZ 5. 9.). Ende September wurde ein Buch über die rumänisch-chinesische Freundschaft vom Verlag für Politische Literatur in Bukarest publiziert (Agerpres 30. 9.). Die CSSR attackierte in Unterstützung der Politik Moskaus vor allem die Beziehungen Chinas zu den USA (CTK 3. 7.), ebenso wie die Politik gegenüber der NATO (R. Prag 23. 7.). Pekings Politik Chinas gegenüber den Entwicklungsländern wurde als „grober Großmachtchauvinismus“ verurteilt (R. Prag 25. 7.). In der gleichen Richtung bewegt sich Bulgarien, das die Lage in China nach dem Parteitag kritisierte (BTA 5. 9.). Die Beziehungen zu Albanien sind nach wie vor eng und werden durch den Austausch zahlreicher Delegationen demonstriert (NCNA 7. 7. etc.). Polen kritisiert vor allem die Europapolitik Chinas (PAP 17. 7.) und die Aktivität Chinas in Südostasien (PAP 18. 8.), während die nach wie vor aktive „illegale KP Polens“ über den „katastrophalen Niedergang der Kultur“ in Polen berichtet (ATA 3. 8.). Ungarn berichtete über die Rehabilitierung von Teng Hsiao-ping und leitete danach einen Machtkampf in China ab (Tass 18. 7.).

2. Japan

Inneres Das erste Regierungsjahr Tanakas stand im Zeichen innerer Schwierigkeiten und inflationärer Preisentwicklung (R. Japan 2. 7. FAZ 6. 7.). Am 9. 7. nahm das Oberhaus eine Resolution gegen atomare Tests aller Staaten an (Kyodo 9. 7. FE 4343). Bei den Stadtratswahlen in Tokyo am 18. 7. ging die LDP Tanakas überraschend als klarer Sieger hervor, mit unverändert 51 Sitzen (von 125) blieb sie die stärkste Partei; 26 Sitze fielen an die Komeito, 20 an die SPJ (Jiji Press 9. 7. NZZ 11. 7.). Am 23. 7. beschloß die LDP kraft ihrer absoluten Mehrheit die Sitzungsperiode des Parlaments zum zweiten Male um 65 auf 82 Tage zu verlängern; die Oppositionsparteien waren der Abstimmung ferngeblieben (SZ 25. 7.) und boykottierten auch die folgenden Beratungen (JAT 27. 7.). Am 18. 9. faßte das Parlament eine Resolution, in der die Rückgabe der in sowjetischer Hand befindlichen nördlichen Inseln gefordert wurde (Jiji Press 25. 9.). Ein Mißtrauensantrag der Opposition wegen der Verlängerung der Sitzungsperiode am 22. 9. blieb erfolglos (Jiji Press 22. 9.). Knapp vor Ende der Sitzungsperiode konnte die Regierung die fünf wichtigsten Vorlagen aus ihrem Gesetzgebungsprogramm (gegen die Oppositionsparteien) vorbringen (SZ 26. 9.). **Verteidigung:** Am 30. 6. wurde die Übernahme von Radar- und Raketenstellungen auf Okinawa von den USA beendet (JAT 1. 7.). Das Verteidigungsbudget soll im Finanzjahr 1974 um 23% auf 1,157 Mia. Yen angehoben werden (Kyodo 29. 8. W 740). Am 7. 9. erklärte das Landgericht von Sapporo, daß der Umfang der Streitkräfte des Landes zur Selbstverteidigung den Artikel 9 der Verfassung verbiete; die Regierung legte dagegen Berufung ein (Kyodo 7. 9. FE 4393, NZZ 8. 9.).

Dagegen wurden am 23. 9. vom Oberhaus zwei Gesetze gebilligt, die eine Verstärkung der Streitkräfte um 7000 Mann und die Schaffung einer neuen Luftwaffeneinheit vorsehen (NZZ 27. 9.).

Wirtschaft Premier Tanaka beauftragte das Außenhandelsministerium Mitte August ein Programm zur Erschließung von Quellen sauberer Energie auszuarbeiten (NZZ 17. 7.). Nach offiziellen Angaben der OECD ging Japans Entwicklungshilfe 1972 auf 0,21% vom Brutto-sozialprodukt (1971 0,23%) zurück (JAT 22. 1.). Ein Sanierungsplan für die Kohleindustrie sieht zeitweilige Produktionskürzungen vor; für das Haushaltsjahr 1973 wurde ein Limit von 23,5 Mio. t empfohlen (JAT 27. 7.). Am 30. 7. war der 46. Kongreß des Generalrates der Gewerkschaften (Sohyo) (Kyodo 30. 6. FE 4360). Dem letzten Bericht der OECD zufolge hat sich die konjunkturelle Lage des Landes in den letzten 18 Monaten deutlich verändert (NZZ 8. 8.). Am 10. 8. gab die Regierung den jährlichen Wirtschaftsbericht, nachdem für die Wirtschaft die dringendste Aufgabe in der Eindämmung der Inflation bestehe (Jiji Press 11. 8.). Am 24. 8. wurden die Exportkontrollen aufgehoben (FAZ 25. 8.). Der Diskontsatz wurde am 28. 8. von 6 auf 7% erhöht (FAZ 29. 8.). Die Zahlungsbilanz Japans schließt zum sechsten Mal hintereinander mit einem Defizit ab (FAZ 29. 9.); die Verbraucherpreise haben im August mit einer Teuerungsrate von 12% den höchsten Stand seit 1952 (13,8%) erreicht (FAZ 29. 8.). (Zum Jetro s. 29. 9. zur Handelsflotte NZZ 31. 7., zum Privatkonsum 25. 7.)

Äußeres/Asien **Indonesien**: Im Rahmen des Kredites von 62 Mia. Yen zur Entwicklung der Ölwirtschaft werden 6 Projekte finanziert (Antara 5. 7. W 733); das private Fischerei-abkommen von 1963 wurde am 26. 7. um zwei Jahre verlängert, die Fischfangquote beträgt 10 000 t (vorher 19 000) (JAT 28. 7.). **Republik China**: Mitglieder der regierenden LDP äußerten sich besorgt über die Besuche von Parlamentariern, da diese die Beziehungen zur VR China beeinflussen könnten (Kyodo 15. 7. FE 4348). **Laos**: Eine Spende von 150 Mio. Yen soll zur Reparatur von Wasserwerken in der Hauptstadt verwendet werden (Jiji Press 15. 8.). **Birma**: Im Rahmen des Programms zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewährte Japan am 27. 7. eine Anleihe in Höhe von 11,62 Mia. Yen (R. Rangun 27. 7. W 737). **Philippinen**: Verkauf von 75,06 t Reis am 5. 9., rückzahlbar innerhalb von 30 Jahren bei 10 Jahren Aufschub und 2 bzw. 3% Zins (Kyodo 5. 9. W 742). **Singapur**: Anstieg der Importe vom Januar–Mai um 60% gegenüber 1972 auf 116,17 Mio. Dollar (Jat 25. 8.). **Nordvietnam**: Im Zusammenhang mit den am 25. 7. begonnenen Gesprächen zur Normalisierung der Beziehung wird Japan die Möglichkeit von Wirtschaftshilfe im Rahmen eines bilateralen Abkommens prüfen (Kyodo 24. 7. FE 4356); Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 21. 9. und Bekanntgabe, Wirtschaftshilfe in Höhe von 20 Mio. \$ zu gewähren (Kyodo 21. 9. FE 4406). **Südvietnam**: Gewährung von Hilfe in Höhe von 388 Mio. Yen wovon 288 Mio. für die Wiederherstellung der Überlandleitung Da Nhim–Saigon verwendet werden sollen (JAT 23. 8.). **Nordkorea**: Steigerung des Handels im ersten Halbjahr um 40% gegenüber 1972, Gesamthöhe 71,112 Mio. \$ (Kyodo 27. 7.). **Südkorea**: Die Entführung des Oppositionspolitikers Kim Dae Jung Anfang August aus Tokyo führte zu einer nachhaltigen Verstimmung der bilateralen Beziehungen; als Folge verließen u. a. 13 Angehörige der Botschaft Seouls Japan, während vom Oberhaus Untersuchungen gegen Südkorea eingeleitet wurden (FAZ 9., 17. 8., NZZ 7. 9., FAZ 26. 9.); die regulären bilateralen Konsultationen auf Minister-ebene wurden daraufhin verschoben (FAZ 25. 8.); die Wirtschaftshilfe für Südkorea wurde vorerst eingestellt (Kyodo 19. 9. FE 4405) (vgl. VR China. **Naher Osten und Afrika** **Syrien**: Gewährung einer Anleihe in Höhe von 8,858 Mia. Yen für ein Bewässerungsprojekt, rückzahlbar in 18 Jahren bei 4,5% Zins (Kyodo 1. 7. W 731). **Irak**: Abschluß eines Vertrages der Mitsubishi über Kunstdüngerfabriken im Werte von 25 Mia. Yen (Kyodo 18. 8. W 734). **Iran**: Einigung mit 7 Ölraffinerien 1974 im Iran eine gemeinsame Gesellschaft für Ölraffinierung aufzubauen (JAT 2. 8.). **Algerien**: Anleihe in Höhe von 50 Mio. \$ für Projekte im Entwicklungsplan 1974–1977 (R. Algier 16. 7. W 735). **Kenia**: Anleihe in Höhe von 8 Mio. Sh für die Textilindustrie (R. Nairobi 31. 8. W 742). **Niger**: Gemeinsam mit Frankreich soll ab 1979 Uran gefördert werden (MD 21. 9.). **Amerika**: **USA**: Das Verbot der Ausfuhr von Soyabohnen wurde von Japan heftig kritisiert (Kyodo 28. 6. W 732); Außenminister Ohira erklärte am 30. 7., daß sich Japan dem militärischen Aspekt einer neuen Atlantik-Charta nicht anschließen könne (Jiji Press 13. 7.); Besuch von Außenminister Rogers am 15. 7. in Tokyo zur Diskussion des bilateralen Handels und der

Reform des Weltwährungssystems (NZZ 16., FAZ 17. 7.); Besuch von Premier Tanaka und Ohira vom 30. 7.—6. 8. in den USA; bei Gesprächen mit Präsident Nixon erklärte sich Tanaka grundsätzlich mit der Atlantik-Charta einverstanden (Jiji Press 31. 7./1. 8.); im gemeinsamen Kommuniqué erklärte Nixon die Absicht, eine „angemessene Abschreckungsstreitmacht zur Erhaltung des Friedens in Asien“ bereit zu halten, er will sich außerdem für einen ständigen Sitz Japans im Sicherheitsrat der UNO einsetzen (Text JAT 2. 8.; NZZ 3. 8., FAZ 6. 8.); am 11. 9. wurde ein gemeinsames Komitee für Probleme der Energiebeschaffung gebildet (NZZ 13. 9.). **Europa:** E G : Vom 17.—18. 9. tagten in Tokyo der Ministerrat der EG, der überein kam, den Vorschlag der USA zur Verstärkung der Beziehungen im weltwirtschaftlichen Dreieck zu unterstützen; Tanaka forderte engere Beziehungen mit der EG, während sich Soames für „eine gut ausgeglichene Handelsbilanz“ einsetzte (FE 4402,03 NZZ 20. FAZ 21. 9.); Tanaka begann am 26. 9. eine Europareise, die ihn nach Frankreich, Großbritannien, die BRD und die UdSSR führte (Jiji Press 26. 9.). **F r a n k r e i c h :** Tanaka traf am 27. 9. in Paris ein und wurde am 28. von Präsident Pompidou empfangen (NZZ 30. 9.). **Italien:** Abkommen 47 japanischer Firmen mit der ENI über die gemeinsame Erschließung algerischen Erdöls (Kyodo 4. 8. FE 4365); Ohira traf am 27. 9. in Rom zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen ein (NZZ 29. 9.). **Sozialistische Staaten:** U d S S R : Ohira lehnte am 3. 7. als erstes Kabinettsmitglied den Vorschlag eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien ab (Kyodo 3. 7. FE 4337, FAZ 4. 7.); Besuch von Kulturminister Frau Furtseva am 4. 7. (Kyodo 5. 7. FE 4339); Besuch des stellv. Außenhandelsministers N. Osipov zu Gesprächen über die Erschließung Sibiriens (Kyodo 7.—14. 7. W 733); die für den 1. 8. geplante 6. japanisch-sowjetische Gouverneurskonferenz wurde verschoben (Jiji Press 14. 7.); am 17. 7. wurde grundsätzliche Einigung über die gemeinsame Erschließung von Naturgas in Yakutsk erzielt (Kyodo 17. 7. FE 4350); am 29. 8. begann eine Konferenz über die gemeinsame Entwicklung von Sibirien, die Förderung von Gas aus Yakutsk und die von Erdöl aus Tyumen soll vorangetrieben werden (Kyodo 30. 8. FE 4387); nach wie vor besteht Japan auf Gebietsansprüchen im Hinblick auf die Kurilen (Jiji Press 11. 9., NZZ 22. 9.). **Bulgarien:** Übereinkunft über den Bau eines Hotels in Sofia mit japanischer Beteiligung (BTA 4. 8. W 738). **U n g a r n :** Der Handel betrug 1972 82,5 Mio. Forint (MTI 10. 8. W 739).